



Policy Brief 2021/01

Christof Schiller und Thorsten Hellmann

## Ungleiche Ausgangsbedingungen für erfolgreiches COVID-19-Krisenmanagement

– Die COVID-19-Krise im Lichte der Ergebnisse der SGI 2020 –

**Die OECD- und EU-Staaten divergieren stark hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Ausgangsbedingungen vor der Krise. Ebenfalls sehr unterschiedlich ausgeprägt sind politische Reformkapazitäten für eine erfolgreiche und nachhaltige Krisenbewältigung. Es ist zu erwarten, dass diese Asymmetrie mit zunehmender Dauer der COVID-19-Krise weiter stark zunimmt.**

Bereits heute ist offensichtlich, dass die COVID-19-Krise einen zentralen Wendepunkt markiert, der die sozioökonomische und politische Entwicklung aller Länder weltweit auf Jahre hinaus nachhaltig beeinflussen wird.

In ökonomischer Hinsicht ist die Schwere der wirtschaftlichen Rezession für die Industrieländer aufgrund der Gleichzeitigkeit aus Nachfrage- und Produktionsrückgang diesmal deutlich größer als auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009. Aktuelle Prognosen lassen für das Jahr 2020 sogar die stärkste wirtschaftliche Rezession seit dem 2. Weltkrieg erwarten.

Auch ist zu erwarten, dass die sozialen Folgen der Rezession diesmal noch deutlich gravierender sein werden als vor einem Jahrzehnt, da die Krise zusätzlich transformativen Digitalisierungs- und Automatisierungstendenzen Vorschub leistet, die den Strukturwandel der Wirtschaft stark beschleunigen könnten (vgl. Petersen und Bluth 2020). Damit stellt sich auch die Frage einer längerfristig angelegten wirksamen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Abfederung der Transformation in neuer Form und Dringlichkeit.

Durch die Gleichzeitigkeit aus einem sich durch die Krise stetig verringernenden fiskalischen Spielraum und der nun dringend gebotenen

beschleunigten Transformation der Volkswirtschaften hin zu einer nachhaltigeren und ressourceneffizienteren Produktionsweise, rücken schließlich in der Krise neben der Innovations- und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften selbst auch die sozio-politischen Steuerungskapazitäten der Staaten vermehrt in den Fokus der Aufmerksamkeit.

Hier zeigt sich, dass die COVID-19-Krise nicht nur die Entwicklungs- und Schwellenländer zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt in ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung trifft (vgl. Hartmann 2020). Auch viele der vom Sustainable Governance Indicators-Projekt (SGI) der Bertelsmann Stiftung untersuchten Industrieländer trifft die COVID-19-Krise zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt.

Denn gerade bei der Frage, inwieweit es gelingt, zukunftsorientierte Politiklösungen mit einer gleichermaßen vorausschauenden und inklusiven Regierungsführung zu verbinden, haben sich die OECD- und EU-Staaten seit der Wirtschafts- und Finanzkrise zunehmend auseinanderentwickelt.

**Zuletzt schwache wirtschaftliche Wachstumsdynamik**

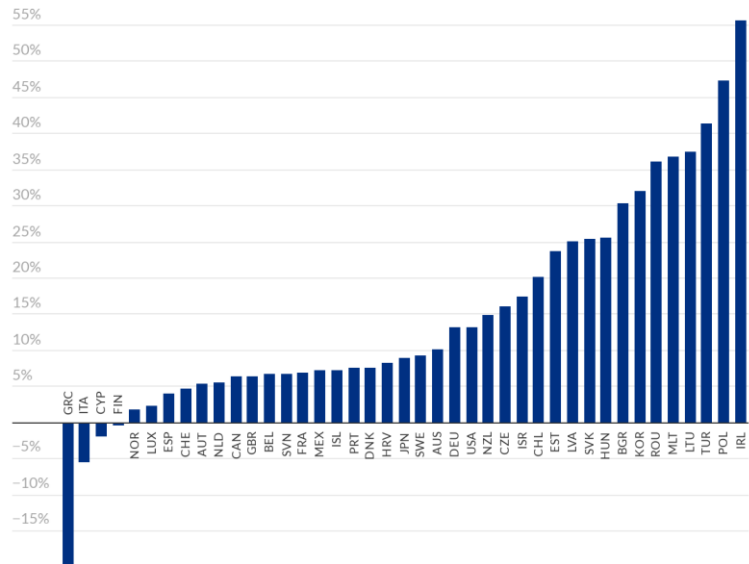
In den meisten Industriestaaten hatte sich das Wirtschaftswachstum bereits im Zeitraum vor der COVID-19-Krise weiter merklich abgeschwächt.

Den mit Abstand stärksten Zuwachs im Wohlstandsniveau gegenüber dem Zeitpunkt vor der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 verzeichnete die Republik Irland. Es folgen Polen, die Türkei, Litauen, Malta, Rumänien, Südkorea, Bulgarien, Ungarn, die Slowakei, Lettland und Estland. Unter den großen Industriestaaten war der Zuwachs in den USA und Deutschland am höchsten, wenngleich er hier insgesamt moderat ausfiel (vgl. Grafik).

Dagegen waren in Ländern wie Norwegen, Luxemburg, Spanien, der Schweiz und Österreich bereits vor der COVID-Krise kaum nennenswerte Zuwächse im Wohlstandsniveau

gegenüber dem Vorkrisenniveau von 2008 feststellbar. In Italien, Griechenland, Finnland und Zypern lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2019 sogar noch unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2008.

GDP/ Capita difference between 2008 and 2019



GDP per capita, PPP, constant 2017 international US-\$  
Source: World Bank, World Development Indicators

| BertelsmannStiftung

In den übrigen Ländern brachte die wirtschaftliche Erholung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise lediglich einen vergleichsweise moderaten Anstieg des Wohlstandsniveaus gegenüber dem Zeitpunkt vor der Wirtschafts- und Finanzkrise mit sich.

Zum Vergleich: Während das durchschnittliche reale Wirtschaftswachstum in Irland im Zeitraum 2009 bis 2019 bei durchschnittlich 5,3 Prozent pro Jahr lag, betrug es in Deutschland gerade mal 1,3 Prozent (IMF 2020a; eigene Berechnungen).

**Grünes Wachstum weiter vertagt**

Nur sehr wenigen Industriestaaten gelang es vor der Pandemie bereits, eine dynamische Wirtschaftsleistung mit Fortschritten für eine effektivere Schonung der natürlichen Ressourcen und beim Klimaschutz zu verbinden. Es braucht eine deutliche Steigerung der Anstrengungen der OECD- und EU-Staaten,

sollen die SDG-Ziele 12 (Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen), 13 (Klimaschutz), 14 (Leben unter Wasser) und 15 (Leben an Land) noch erreicht werden (Sachs et al. 2020: 40).

Lediglich die Nordischen Staaten und die Schweiz waren zuletzt bemüht, ihre Zuwächse im Wohlstandsniveau verbindlicher an eine relativ ambitionierte Reformagenda zum Schutz der natürlichen Ressourcen zu knüpfen. In diesen Staaten werden Bemühungen, verbindliche sektorenübergreifende Ziele zu vereinbaren und durch Evaluationen auch nachzuhalten, von einem besonders breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens in dieser Frage getragen (vgl. Armingeon et al. 2020; Pierre et. al 2020). Auch in diesen Ländern muss allerdings das Reformtempo steigen, sollen die ambitionierten Ziele in diesen Bereichen noch erreicht werden.

In Israel, Deutschland und den USA dagegen wurden die materiellen Wohlstandsgewinne mit einer nochmals verschlechterten Umweltbilanz erkaufte. Auch in Polen, Tschechien, Südkorea, und der Türkei gab es vor der Krise deutliche Rückschritte bei der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen (vgl. Grafik).

**Vielerorts geringe fiskalische Spielräume für eine nachhaltige Einhegung der Krise**

Eine wichtige Lektion aus den Erfahrungen mit den wirtschaftspolitischen Hilfspaketen bei der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2009 ist, dass Rettungspakete einen gewissen Umfang (auch und gerade in der zeitlichen und räumlichen Dimension) benötigen, um eine längerfristig stabilisierende Wirkung entfalten zu können. Wichtig ist zudem, dass der Staat bei der Gewährung von Hilfszahlungen ein kluges Risikomanagement – etwa durch die Beteiligung an zukünftigen Gewinnen der Unternehmen – betreibt (Mazzucato 2020).

Allerdings ist der fiskalische Spielraum zur Finanzierung längerfristiger Rettungspakete zur Stabilisierung und nachhaltigen Transformation der Wirtschaft in vielen Ländern aufgrund der

hohen Staatsverschuldung ohnehin bereits sehr stark dezimiert.

Environment  
Unit: Score

Sustainable Governance Indicators									
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Sweden	7.6	7.6	8.1	8.1	8.2	8.2	8.2	+0.6
2	Denmark	7.0	7.6	7.6	7.2	7.2	7.7	7.8	+0.8
	Norway	7.4	7.4	7.4	7.4	7.3	7.3	7.8	+0.4
4	Latvia	7.3	7.4	7.5	7.5	7.4	7.5	7.5	+0.2
5	Switzerland	7.3	7.4	7.3	7.4	7.4	7.4	7.4	+0.1
6	Finland	6.6	7.1	7.1	7.2	7.2	7.2	7.2	+0.6
7	Estonia	7.1	7.1	7.1	7.2	7.2	7.1	7.1	0.0
8	United Kingdom	6.8	6.8	6.4	6.4	6.5	6.5	7.0	+0.2
9	Slovenia	6.1	6.6	6.7	6.8	6.8	6.8	6.8	+0.7
10	Lithuania	6.4	6.5	6.6	6.6	6.7	6.7	6.7	+0.3
11	Ireland	6.5	6.5	6.5	7.1	6.6	6.6	6.6	+0.1
12	Iceland	6.1	6.1	6.1	6.0	6.1	6.5	6.5	+0.4
	Luxembourg	5.2	5.2	5.8	5.9	5.9	6.5	6.5	+1.3
14	France	5.7	5.8	5.9	5.9	5.9	6.4	6.4	+0.7
	New Zealand	6.0	6.0	6.0	5.9	5.9	6.4	6.4	+0.4
	Spain	4.9	5.4	5.4	5.5	5.5	5.5	6.4	+1.5
17	Italy	4.6	4.7	4.7	5.3	5.3	5.3	6.3	+1.7
18	Canada	5.1	5.1	5.1	6.1	6.2	6.2	6.2	+1.1
19	Austria	5.8	5.8	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	+0.2
	Germany	6.9	6.9	6.9	6.9	7.0	6.0	6.0	-0.9
	Portugal	5.6	5.6	6.2	6.1	6.1	6.1	6.0	+0.4
— Average		5.7	5.7	5.8	5.8	5.8	5.9	5.9	
22	Belgium	5.5	5.6	5.7	5.7	5.8	5.8	5.8	+0.3
23	Japan	5.6	5.6	5.6	5.7	5.7	5.7	5.7	+0.1
	Netherlands	5.1	5.1	5.1	5.2	5.2	5.2	5.7	+0.6
25	Romania	5.3	5.4	5.4	5.5	5.5	5.5	5.6	+0.3
26	Chile	4.6	5.1	5.1	5.5	5.5	5.5	5.5	+0.9
	Croatia	5.3	5.4	5.4	5.5	5.5	5.5	5.5	+0.2
28	Hungary	5.6	5.7	5.8	5.7	5.4	5.4	5.4	-0.2
29	Bulgaria	5.5	5.6	5.6	5.6	5.7	5.7	5.2	-0.3
	Czechia	5.9	6.0	5.6	5.6	5.7	5.7	5.2	-0.7
31	Mexico	4.4	4.4	4.4	4.9	5.0	5.5	5.0	+0.6
32	Slovakia	4.6	4.7	4.6	4.7	4.8	4.8	4.8	+0.2
33	Australia	5.0	4.5	4.5	4.6	4.6	5.1	4.6	-0.4
	Poland	5.4	5.4	5.5	4.6	4.6	4.6	4.6	-0.8
35	Greece	4.2	4.3	4.4	4.4	4.5	4.5	4.5	+0.3
	Malta	4.3	4.3	4.4	4.5	4.6	4.5	4.5	+0.2
37	Israel	5.4	5.4	4.9	4.9	4.9	4.9	4.4	-1.0
38	South Korea	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.3	4.3	-0.5
	United States	5.2	5.2	5.2	5.2	4.3	4.3	4.3	-0.9
40	Cyprus	4.0	4.1	4.2	4.1	4.2	4.2	4.2	+0.2
41	Turkey	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2	3.7	3.7	-0.5



BertelsmannStiftung

Eine zuletzt sehr erfolgreiche Bilanz in der Haushaltskonsolidierung vor der COVID-Krise wiesen v.a. kleinere Länder auf. Besonders Irland, Island, Malta, die Niederlande, Tschechien und Dänemark konnten weiter zur Spitzengruppe aufschließen. Unter den großen Industriestaaten gelang es dagegen nur Deutschland, seine Staatsverschuldung substantiell zurückzuführen.

Andere große Industriestaaten wie Japan, die europäischen Mittelmeerländer, die USA, Belgien, Frankreich, Kanada und UK hatten sich schon vor der COVID-19-Krise vom Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik verabschiedet. In vielen dieser Länder stieg die sehr hohe Verschuldung bereits unmittelbar vor der COVID-Krise noch weiter an. Ein weiterer Anstieg der Staatsverschuldung durch eine jetzt notwendig

gewordene expansive Konjunkturpolitik bedeutet in diesen Ländern eine kaum mehr tragbare Last für zukünftige Generationen und die Handlungsfähigkeit des Staates (vgl. Grafik).

Im Ergebnis wird somit viel davon abhängen, inwieweit es den Staaten gelingt, eine verlässliche und tragfähige finanzielle Lastenteilung sowohl zwischen den Generationen als auch zwischen Staat und Wirtschaft ins Werk zu setzen. Auch wird es auf eine effektive nationale Koordination der Fiskalpolitik zwischen den staatlichen Ebenen ankommen.

So lag beispielsweise in den USA gerade in der ineffektiven zwischenstaatlichen Politikabstimmung ein wichtiger Punkt für die begrenzte antizyklische Wirkung des letzten wirtschaftlichen Hilfspakets während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009. Gerade aufgrund des vermehrten Rückgriffs auf diskretionäre Fiskalmaßnahmen wegen der fehlenden formalen Strukturen zwischenstaatlicher Politikabstimmung und die oftmals stark fragmentierten Haushaltsdaten besonders schwer. Hinzu kam, dass die Wirkung vieler „automatischer Stabilisatoren“ wie Medicaid oder der Arbeitslosenversicherung wiederum stark von der jeweiligen Finanzausstattung der Bundesstaaten und der jeweils lokal unterschiedlich geregelten Zugangskriterien abhing. In der Folge verpuffte die antizyklische Wirkung größtenteils (vgl. Rocco et al. 2020).

### Große Unterschiede in der technologischen Innovationsfähigkeit

Angesichts kleiner werdender fiskalischer Spielräume stellt sich die Frage, wie gut es den unterschiedlichen Industriestaaten zuletzt gelungen ist, technologische Innovation und die Einführung neuer Produkte zu fördern.

Auch bei der Frage der Innovationsfähigkeit der wohlhabenden Volkswirtschaften bleibt der Abstand zwischen Vorreiterländern wie Schweden bzw. Israel einerseits und den Ländern in der unteren Tabellenhälfte immens.

Debt to GDP  
Unit: Percent

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Estonia	10.16	10.45	9.79	9.16	9.16	8.27	8.20	-1.96
2	Bulgaria	17.25	26.39	25.64	27.36	23.29	20.45	19.16	+1.91
3	Luxembourg	23.69	22.74	22.19	20.68	22.96	21.43	21.34	-2.35
4	Chile	12.73	14.96	17.28	21.02	23.54	25.56	27.52	+14.79
5	New Zealand	34.60	34.24	34.37	33.53	31.59	29.84	29.60	-5.00
6	Turkey	31.38	28.77	27.64	28.31	28.22	30.17	30.10	-1.28
7	Czechia	44.91	42.17	39.96	36.81	34.66	32.56	31.62	-13.29
8	Lithuania	38.76	40.55	42.58	39.93	39.42	34.17	31.80	-6.96
9	Denmark	44.05	44.27	39.77	37.20	35.48	34.26	32.99	-11.06
10	Iceland	81.79	78.77	65.03	51.25	43.15	37.62	33.59	-48.20
11	Latvia	39.43	40.94	36.81	40.31	39.98	35.93	36.33	-3.10
12	Sweden	40.36	45.01	43.70	42.07	40.45	38.46	36.92	-3.44
13	Romania	39.03	40.49	39.35	38.88	36.86	36.74	37.43	-1.60
14	Schweiz	42.92	42.97	43.01	41.76	42.64	40.53	38.63	-4.29
15	Norway	30.40	28.45	32.94	36.42	36.86	39.97	39.97	+9.57
16	South Korea	33.71	35.48	37.29	37.62	37.68	37.92	40.14	+6.43
17	Australia	30.50	34.03	37.69	40.46	41.07	41.37	41.76	+11.26
18	Malta	68.36	63.35	57.83	55.48	50.28	45.20	42.35	-26.01
19	Poland	55.69	50.41	51.29	54.23	50.56	48.89	47.77	-7.92
20	Slovakia	54.74	53.52	52.18	51.77	50.95	48.94	48.35	-6.39
21	Netherlands	67.83	68.01	64.63	61.89	56.91	52.39	49.23	-18.60
22	Mexico	45.90	48.88	52.83	56.76	54.05	53.62	53.85	+7.95
23	Germany	78.64	75.57	72.01	69.11	65.19	61.69	58.58	-20.06
24	Finland	56.46	60.20	63.45	63.01	61.31	59.26	58.94	+2.48
25	Ireland	120.02	104.53	76.81	73.96	67.84	63.65	60.93	-59.09
26	Israel	67.11	65.85	63.90	62.05	60.41	60.78	61.86	-5.25
27	Slovenia	69.96	80.30	82.59	78.66	74.11	70.45	67.05	-2.91
28	Hungary	77.15	76.65	76.69	76.02	73.41	70.85	67.52	-9.63
29	Austria	81.01	83.76	84.40	82.87	78.49	73.75	70.73	-10.28
30	Croatia	80.40	83.99	83.73	80.48	77.76	74.57	71.07	-9.33
31	United Kingdom	85.15	87.01	87.88	87.91	87.14	86.82	85.55	+0.40
32	Canada	86.21	85.70	91.32	91.82	90.09	89.94	87.49	+1.28
33	Cyprus	102.09	107.97	107.99	105.51	95.75	102.53	96.07	-6.02
34	Spain	95.45	100.37	99.33	98.97	98.12	97.09	96.41	+0.96
35	France	93.41	94.89	95.58	97.96	98.42	98.39	99.31	+5.90
36	Belgium	105.45	107.52	106.34	106.11	103.40	102.03	101.01	-4.44
37	United States	104.75	104.41	104.65	106.82	105.99	104.26	106.22	+1.47
38	Portugal	128.87	130.61	128.84	129.21	123.91	120.13	117.55	-11.32
39	Italy	129.02	131.79	131.56	131.40	131.36	132.16	133.15	+4.13
40	Greece	177.95	180.21	177.83	181.07	179.28	184.85	176.64	-1.31
41	Japan	232.47	236.07	231.55	236.34	234.99	237.13	237.69	+5.22

General government gross liabilities, percent of GDP  
Source:  
IMF World Economic Outlook, October 2019

Trotz Fortschritten drohen Länder wie Chile, Mexiko, die europäischen Mittelmeerländer und die Mittel- und Osteuropäischen Länder zunehmend abgehängt zu werden.

Zum Vergleich: Die privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben betragen in Israel im Durchschnitt des Zeitraums 2009-2019 3,7 Prozent der Wirtschaftskraft, in Deutschland waren es immerhin 2 Prozent, in Mexiko, Chile, Lettland und Rumänien dagegen weniger als 0,4 Prozent (Eurostat Online Database, OECD Online Database).

Länder wie Schweden profitieren bei der Förderung der technologischen Innovationsfähigkeit nicht nur von einer gut ausgebauten effektiven staatlichen und privaten Förderlandschaft, sondern auch von einer ausgezeichneten physischen und sozialpolitischen Infrastruktur.

Research, Innovation and Infrastructure  
Unit: Score

Sustainable Governance Indicators									
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Sweden	8.4	8.6	8.6	8.6	9.2	9.0	9.0	+0.6
2	Israel	7.7	7.8	7.9	7.9	8.6	8.6	8.6	+0.9
3	South Korea	7.5	7.5	7.6	8.2	8.3	8.4	8.5	+1.0
4	Switzerland	7.9	7.9	8.0	8.1	8.4	8.4	8.4	+0.5
5	Finland	8.6	8.7	8.2	7.7	7.6	7.6	8.2	-0.4
6	Denmark	7.6	7.6	7.7	7.7	7.8	8.0	8.0	+0.4
7	Germany	7.3	7.7	7.7	7.8	7.9	7.9	7.9	+0.6
8	Japan	7.2	7.3	7.4	7.4	7.3	7.4	7.6	+0.4
	United States	7.3	7.4	7.5	7.5	7.0	7.1	7.6	+0.3
10	Netherlands	6.8	6.9	6.9	7.4	7.5	7.5	7.5	+0.7
11	France	6.4	6.4	6.4	6.9	6.9	6.9	6.9	+0.5
12	Luxembourg	5.4	5.5	5.9	6.0	6.5	6.5	6.5	+1.1
	Norway	6.1	6.1	6.2	6.4	6.5	6.5	6.5	+0.4
14	Austria	6.4	6.5	6.6	6.6	6.6	6.6	6.2	-0.2
	United Kingdom	6.5	6.7	6.8	6.8	6.2	6.3	6.2	-0.3
16	Iceland	7.1	6.2	5.9	6.2	6.2	6.2	6.1	-1.0
17	Belgium	5.6	5.6	5.7	5.8	5.9	5.8	5.9	+0.3
18	Australia	4.9	4.5	4.5	4.6	4.6	4.6	5.7	+0.8
	Canada	5.8	5.8	5.8	5.8	5.8	5.7	5.7	-0.1
	Estonia	5.6	5.5	5.5	5.2	5.1	5.2	5.7	+0.1
	Ireland	4.7	5.3	5.8	5.7	5.6	5.8	5.7	+1.0
	Average	5.2	5.2	5.3	5.4	5.5	5.5	5.6	
22	New Zealand	5.5	5.6	5.6	5.2	5.3	5.3	5.3	-0.2
23	Spain	3.5	4.1	4.1	4.1	4.6	5.2	5.2	+1.7
24	Poland	4.3	4.4	4.5	4.7	4.6	4.9	5.1	+0.8
	Portugal	3.9	4.4	4.4	4.4	4.5	5.0	5.1	+1.2
26	Lithuania	4.5	4.7	4.8	4.8	4.7	4.8	4.9	+0.4
27	Latvia	3.9	3.9	4.0	3.9	4.4	4.5	4.7	+0.8
	Malta	3.6	3.6	4.1	4.2	4.7	4.7	4.7	+1.1
29	Czechia	4.4	4.5	4.5	5.1	5.0	4.6	4.6	+0.2
30	Greece	3.0	3.1	3.1	3.7	3.7	3.8	4.4	+1.4
31	Italy	3.9	3.9	4.0	4.5	4.6	4.7	4.2	+0.3
	Slovenia	4.2	3.7	3.7	3.6	4.0	4.1	4.2	0.0
33	Hungary	3.8	3.8	3.9	3.8	3.9	3.9	4.0	+0.2
34	Chile	3.0	3.1	3.6	3.7	3.7	3.8	3.8	+0.8
35	Turkey	3.2	3.8	3.8	3.4	3.5	3.5	3.6	+0.4
36	Cyprus	3.3	3.3	3.3	3.3	3.5	3.4	3.5	+0.2
37	Mexico	2.5	2.6	2.6	2.6	2.6	2.7	3.2	+0.7
38	Bulgaria	2.7	2.8	2.8	3.0	3.0	3.0	3.1	+0.4
	Croatia	2.9	3.0	3.0	3.0	3.1	3.1	3.1	+0.2
	Slovakia	3.3	2.9	3.0	3.0	3.0	3.1	3.1	-0.2
41	Romania	2.6	2.5	3.0	3.1	3.2	2.8	2.8	+0.2

SGI Sustainable Governance Indicators

| BertelsmannStiftung

**Ausblick: Wirtschaftliche Asymmetrie offenbart sich weiter in der Krise**

Bereits vor der Krise zeigten sich somit deutliche Unterschiede in den Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Erholung. Es ist somit zu erwarten, dass die COVID-19-Krise die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder nochmals sehr stark zu Tage fördert.

Auch trifft die COVID-19-Krise nicht nur das verarbeitende Gewerbe hart, sondern ganz anders als noch bei früheren Krisen in noch deutlich stärkerem Maße den Bereich der personennahen Dienstleistungen. Gerade Groß- und Einzelhandel, Tourismus sowie Kunst und Unterhaltung sind von besonders starken Nachfragerückgängen betroffen (vgl. IMF 2020b). Staaten, deren Wirtschaftsleistung

besonders stark von diesen Sektoren abhängt, erfahren somit stärkere Wirtschaftseinbrüche.

Jüngsten Schätzungen des IWF zufolge drohen überdurchschnittlich starke Rückgänge im Wohlstandsniveau in Spanien, UK, Frankreich, Italien, der Schweiz und Belgien. Geringere Einbußen beim Lebensstandard werden dagegen für Südkorea, Polen, die Türkei, Chile, Ungarn, Estland und Mexiko prognostiziert (IMF 2020b; eigene Berechnungen).

Auch betrifft die Krise diejenigen Dienstleistungssektoren in besonderer Weise, die einen hohen Anteil an Frauen, atypisch Beschäftigten und Niedriglohnempfänger:innen beschäftigen. Im Ergebnis ist zu erwarten, dass der Trend einer steigenden Einkommensungleichheit durch die Pandemie wieder stark zunimmt.

Gini Coefficient  
Unit: Percent

Sustainable Governance Indicators									
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Slovakia	24.20	26.10	23.70	24.30	23.20	20.90	20.90	-3.30
2	Slovenia	24.40	25.00	24.50	24.40	23.70	23.40	23.90	-0.50
3	Czechia	24.60	25.10	25.00	25.10	24.50	24.00	24.00	-0.60
4	Iceland	24.00	22.70	24.70	24.10	25.20	25.20	24.10	+0.10
5	Norway	22.70	23.50	23.90	25.00	26.10	24.80	24.80	+2.10
6	Belgium	25.90	25.90	26.20	26.30	26.10	25.70	25.70	-0.20
7	Finland	25.40	25.60	25.20	25.40	25.30	25.90	26.20	+0.80
8	Netherlands	25.10	26.20	26.70	26.90	27.10	27.40	27.40	+2.30
9	Austria	27.00	27.60	27.20	27.20	27.90	26.80	27.50	+0.50
	Denmark	26.80	27.70	27.40	27.70	27.60	27.80	27.50	+0.70
11	Sweden	26.00	26.90	26.70	27.60	28.00	27.00	27.60	+1.60
12	Hungary	28.30	28.60	28.20	28.20	28.10	28.70	28.00	-0.30
	Malta	28.00	27.70	28.10	28.60	28.20	28.70	28.00	0.00
14	France	30.10	29.20	29.20	29.30	28.80	28.50	28.50	-1.60
	Poland	30.70	30.80	30.60	29.80	29.20	27.80	28.50	-2.20
16	Ireland	30.70	31.10	29.70	29.60	30.60	28.90	28.90	-1.80
17	Cyprus	32.40	34.80	33.60	32.10	30.80	29.10	29.10	-3.30
18	Croatia	30.90	30.20	30.40	29.80	29.90	29.70	29.70	-1.20
	Switzerland	28.50	29.50	29.60	29.40	30.10	29.70	29.70	+1.20
20	Estonia	32.90	35.60	34.80	32.70	31.60	30.60	30.60	-2.30
21	Canada	32.00	31.30	31.80	30.70	31.00	31.00	31.00	-1.00
	Greece	34.40	34.50	34.20	34.30	33.40	32.30	31.00	-3.40
23	Germany	29.70	30.70	30.10	29.50	29.10	31.10	31.10	+1.40
24	Portugal	34.20	34.50	34.00	33.90	33.50	32.10	32.10	-2.10
25	Australia	32.60	33.70	33.70	33.00	33.00	32.50	32.50	-0.10
26	Luxembourg	30.40	28.70	28.50	31.00	30.90	33.20	33.20	+2.80
	Spain	33.70	34.70	34.60	34.50	34.10	33.20	33.20	-0.50
28	Italy	32.80	32.40	32.40	33.10	32.70	33.40	33.40	+0.60
29	United Kingdom	30.20	31.60	32.40	31.50	33.10	33.50	33.50	+3.30
30	Japan	33.00	33.00	33.90	33.90	33.90	33.90	33.90	+0.90
31	Israel	36.00	36.50	36.00	34.60	34.40	34.80	34.80	-1.20
	Romania	34.60	35.00	37.40	34.70	33.10	35.10	34.80	+0.20
33	New Zealand	33.30	34.90	34.90	34.90	34.90	34.90	34.90	+1.60
34	Latvia	35.20	35.50	35.40	34.50	34.50	35.60	35.20	0.00
35	South Korea	35.20	35.20	35.20	35.50	35.50	35.50	35.50	+0.30
36	Lithuania	34.60	35.00	37.90	37.00	37.60	36.90	36.90	+2.30
37	United States	39.60	39.40	39.00	39.10	39.00	39.00	39.00	-0.60
38	Bulgaria	35.40	35.40	37.00	37.70	40.20	39.60	40.80	+5.40
39	Turkey	42.10	41.20	41.90	42.60	43.00	43.00	43.00	+0.90
40	Mexico	45.70	45.90	45.90	45.80	45.80	45.80	45.80	+0.10
41	Chile	46.50	46.50	45.40	45.40	46.00	46.00	46.00	-0.50

Source: Eurostat Online Database.  
Gini coefficient of equivalised disposable income - EU-SILC survey [ilc\_di12] & OECD Online Database. Income distribution database.

| BertelsmannStiftung

Gemessen am GINI-Koeffizienten des verfügbaren Äquivalenzeinkommens lag die Einkommensungleichheit bereits vor Beginn der Corona-Krise<sup>1</sup> in 20 Staaten auf einem höheren Niveau als 2013, dem ersten vom SGI 2014 abgedeckten Beobachtungszeitpunkt.

Den stärksten Anstieg verzeichneten seitdem Bulgarien, Großbritannien und Luxemburg. Der größte Rückgang war in der Slowakei, Griechenland und Zypern zu beobachten, wobei die Ungleichheit in den beiden letztgenannten Ländern 2013 auf einem hohen Niveau lag. Die geringsten Einkommensunterschiede bestanden Ende 2019 in der Slowakei, Slowenien und Tschechien. Die stärkste Einkommensungleichheit findet sich nach wie vor in der Türkei, Mexiko und Chile.

**Kaum Fortschritte und große Unterschiede bei sozialpolitischer Leistungsfähigkeit**

Auch die Fähigkeiten, die negativen sozialen Folgen der COVID-19-Krise durch eine wirksame Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik abzumildern, sind sehr ungleich zwischen den Industriestaaten verteilt. Gleichzeitig hat sich der Status sozialpolitischer Nachhaltigkeit seit dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise im Durchschnitt über alle Länder nur minimal verbessert (+0,1 Punkte).

In 13 Staaten hat sich der Status seitdem sogar verschlechtert. Zu den größten Verlierern zählen die USA, die Niederlande und Polen. Die deutlichsten Verbesserungen zeigen sich in der Türkei, Malta, Griechenland, Spanien und Portugal. Allerdings liegen die Türkei und Griechenland nach wie vor bei der Frage der sozialpolitischen Nachhaltigkeit im unteren Drittel der Länder. Unter den Top 10-Ländern gab es insbesondere in Deutschland (Rang 7) einen Aufwärtstrend zu beobachten.

Die Top-Positionen belegen weiterhin die nordischen Staaten und Luxemburg. Am Ende

des Feldes liegen die osteuropäischen Staaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie Mexiko.

Social Policies  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Norway	7.7	7.9	7.9	8.0	8.0	8.0	8.0	+0.3
2	Denmark	7.7	7.7	7.6	7.8	7.8	7.8	7.8	+0.1
3	Luxembourg	7.3	7.3	7.3	7.3	7.5	7.5	7.5	+0.2
4	Sweden	7.8	7.5	7.5	7.5	7.6	7.4	7.4	-0.4
5	Finland	7.6	7.6	7.4	7.5	7.4	7.2	7.3	-0.3
6	New Zealand	7.4	7.3	7.3	7.4	7.3	7.2	7.2	-0.2
7	Canada	7.0	7.0	7.0	7.1	7.1	7.2	7.1	+0.1
	Germany	6.7	6.7	6.7	6.7	6.9	7.1	7.1	+0.4
	Iceland	7.2	7.0	7.1	7.1	7.1	7.1	7.1	-0.1
	United Kingdom	7.1	7.1	7.2	7.1	7.1	7.1	7.1	0.0
11	Switzerland	6.9	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0	+0.1
12	France	6.5	6.5	6.5	6.5	6.6	6.8	6.9	+0.4
13	Estonia	6.6	6.5	6.6	6.5	6.7	6.8	6.8	+0.2
	Netherlands	7.3	7.3	7.1	6.9	6.9	6.8	6.8	-0.5
15	Ireland	6.6	6.4	6.5	6.5	6.6	6.6	6.6	0.0
	Slovenia	6.2	6.2	6.3	6.3	6.5	6.6	6.6	+0.4
17	Australia	6.7	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	-0.2
	Spain	5.9	5.8	6.0	6.0	6.1	6.6	6.5	+0.6
19	Belgium	6.5	6.3	6.3	6.3	6.3	6.5	6.4	-0.1
20	Austria	6.1	6.3	6.2	6.3	6.3	6.3	6.3	+0.2
21	Czechia	6.1	6.1	6.1	6.0	6.1	6.1	6.2	+0.1
22	Japan	5.7	5.8	5.8	5.8	5.8	6.0	6.1	+0.4
	— Average	6.0	6.0	6.0	6.0	6.1	6.1	6.1	
23	Lithuania	6.1	5.9	6.0	5.9	6.0	6.0	6.0	-0.1
	Portugal	5.5	5.4	5.5	5.8	5.8	6.0	6.0	+0.5
	South Korea	5.8	5.9	5.9	5.9	5.9	6.0	6.0	+0.2
26	Israel	5.8	5.6	5.5	5.7	5.6	5.8	5.7	-0.1
	Malta	5.0	4.9	5.1	5.4	5.4	5.5	5.7	+0.7
28	Cyprus	5.5	5.4	5.5	5.5	5.5	5.6	5.6	+0.1
29	Italy	5.3	5.3	5.5	5.6	5.7	5.5	5.5	+0.2
30	Poland	5.8	5.8	5.8	5.3	5.3	5.3	5.3	-0.5
	Turkey	4.4	4.6	4.8	4.8	4.8	5.1	5.3	+0.9
	United States	6.1	6.0	5.9	5.7	5.5	5.5	5.3	-0.8
33	Latvia	5.1	5.0	5.0	5.0	5.1	5.1	5.2	+0.1
34	Slovakia	5.2	5.3	5.1	5.1	5.2	5.2	5.1	-0.1
35	Chile	4.8	4.9	4.9	4.9	5.1	5.1	5.0	+0.2
36	Croatia	4.8	4.9	4.9	5.0	4.9	4.9	4.9	+0.1
	Greece	4.3	4.6	4.7	4.8	4.8	4.9	4.9	+0.6
38	Hungary	4.6	4.5	4.5	4.5	4.6	4.7	4.6	0.0
	Romania	4.4	4.3	4.3	4.4	4.5	4.7	4.6	+0.2
40	Bulgaria	4.4	4.3	4.2	4.4	4.3	4.4	4.4	0.0
41	Mexico	4.1	3.9	3.9	3.9	4.0	4.0	4.0	-0.1



**Trotz Beschäftigungswachstum...**

Der Arbeitsmarkt hat sich trotz nachlassender Wirtschaftsdynamik vor der Krise weiter positiv entwickelt. Dahinter stehen allerdings nach wie vor teils große Unterschiede zwischen den Industriestaaten.

Verglichen mit dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2013, hat sich die Arbeitslosenquote in 37 Ländern z.T. deutlich verringert. In der Türkei und in Chile kam es vor der Coronakrise entgegen diesem allgemeinen Trend bereits zu einer deutlichen Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

<sup>1</sup> 2019 oder letztes verfügbares Jahr

Zudem bleibt die Spannweite innerhalb der Industriestaatenwelt bei der Arbeitslosenquote enorm und liegt zwischen 2,1 Prozent in Tschechien und 17,5 Prozent in Griechenland, das trotz klarer Verbesserungen weiter Schlusslicht ist. Neben Griechenland konnten auch Spanien, Portugal und Kroatien starke Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit verzeichnen. Mit Schweden, Finnland und Frankreich befanden sich dagegen bereits vor der COVID-19-Krise drei eher wohlhabende Staaten auf den hinteren Rängen.

Gut aufgestellt am Vorabend der Krise war Deutschland, dessen Arbeitsmarkt sich bereits in der Wirtschafts- und Finanzkrise als besonders robust erwiesen hat. Die Bundesrepublik verfügt über ein umfassendes Instrumentarium an aktiven Arbeitsmarktprogrammen, auch bieten die Subventionen für Kurzarbeit einen wirksamen Schutz vor Kündigungen (vgl. Rüb et al. 2020).

Die Jugendarbeitslosigkeit konnte zwar ebenfalls in fast allen Ländern reduziert werden, lag vor Beginn der Corona-Pandemie aber in den „Krisenländern“ Italien, Griechenland und Spanien noch immer bei besorgniserregenden Werten von über 30 Prozent (Eurostat Online Database).

Positiv vor dem Hintergrund des zunehmenden demografischen Wandels ist, dass es in allen 41 Staaten seit dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise 2013 gelungen ist, mehr ältere Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Den größten Beschäftigungszuwachs älterer Menschen konnten zwischen 2013 und 2019 die osteuropäischen Staaten Ungarn (+18,8 Prozentpunkte), Bulgarien (+17,0 PP), Slowenien (+15,1 PP), Tschechien (+15,1 PP) sowie Litauen (+15,0 PP) realisieren. Wenig Fortschritte sind dagegen in der Türkei zu beobachten (+2,1 PP), die Ende 2019 mit einer Beschäftigungsquote der 55-65-Jährigen von 33,6 Prozent mit deutlichem Abstand am Ende des Feldes liegt. Auch in Griechenland sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die Arbeitsmarktintegration älterer Menschen zu verbessern. Dort konnte die Beschäftigung in diesem Alterssegment im genannten Zeitraum zwar um 7,6 Prozentpunkte erhöht werden, liegt jedoch mit 43,2 Prozent weiterhin auf einem geringen Niveau (Rang 39).

Zum Vergleich: In Island gehen 81,2 Prozent der Älteren einer Beschäftigung nach (Eurostat Online Database).

Mit Blick auf die Arbeitsplatzqualität zeigten sich ebenfalls vor der Corona-Krise gravierende Unterschiede zwischen den Staaten. So schwankt beispielsweise der Anteil an Geringverdienern beträchtlich zwischen den 26 Industrieländern, für die Daten für das Jahr 2018 vorliegen (vgl. Tabelle). In den baltischen Staaten, Polen, Bulgarien, Rumänien und Deutschland verdienen mehr als 20 Prozent der Beschäftigten weniger als zwei Drittel des nationalen Medians des Bruttostundenverdienstes. Den geringsten Anteil an Niedriglöhnern weisen dagegen Schweden (3,6 %), Portugal (4%) und Finnland (5%) auf.

Unemployment  
Unit: Percent

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Czechia	7.00	6.20	5.10	4.00	2.90	2.30	2.10	-4.90
2	Japan	4.25	3.77	3.52	3.27	2.95	2.57	2.46	-1.79
3	Germany	5.30	5.10	4.70	4.20	3.80	3.50	3.20	-2.10
4	Poland	10.50	9.10	7.60	6.20	5.00	3.90	3.30	-7.20
5	Netherlands	7.30	7.50	6.90	6.10	4.90	3.80	3.40	-3.90
6	Hungary	10.20	7.80	6.80	5.10	4.20	3.70	3.50	-6.70
	Malta	6.20	5.80	5.40	4.70	4.10	3.70	3.50	-2.70
8	Iceland	5.50	5.10	4.20	3.10	2.90	2.80	3.60	-1.90
9	Mexico	5.10	5.00	4.50	4.04	3.57	3.43	3.65	-1.45
10	United States	7.49	6.25	5.37	4.93	4.41	3.94	3.72	-3.77
11	Norway	3.50	3.60	4.40	4.80	4.30	3.90	3.80	+0.30
	United Kingdom	7.70	6.30	5.40	4.90	4.40	4.10	3.80	-3.90
13	South Korea	3.22	3.61	3.69	3.80	3.77	3.93	3.83	+0.61
14	Israel	6.32	5.99	5.34	4.89	4.29	4.09	3.90	-2.42
15	Romania	7.40	7.10	7.00	6.10	5.10	4.30	4.00	-3.40
16	New Zealand	6.00	5.59	5.59	5.33	4.94	4.49	4.25	-1.75
17	Bulgaria	13.00	11.50	9.20	7.70	6.20	5.30	4.30	-8.70
18	Slovenia	10.30	9.90	9.10	8.10	6.70	5.20	4.50	-5.80
	Switzerland	4.90	5.00	4.90	5.10	5.00	4.90	4.50	-0.40
20	Austria	5.40	5.70	5.80	6.10	5.60	4.90	4.60	-0.80
	Estonia	8.90	7.50	6.30	7.00	5.90	5.40	4.60	-4.30
22	Denmark	7.60	7.10	6.50	6.20	6.00	5.30	5.10	-2.50
	Ireland	14.00	12.10	10.10	8.60	6.90	5.90	5.10	-8.90
24	Australia	5.80	6.22	6.22	5.87	5.76	5.46	5.31	-0.49
25	Belgium	8.50	8.60	8.60	7.90	7.10	6.00	5.40	-3.10
26	Luxembourg	5.90	5.90	6.70	6.30	5.50	5.60	5.60	-0.30
27	Canada	7.17	7.02	7.00	7.10	6.39	5.90	5.74	-1.43
28	Slovakia	14.30	13.20	11.50	9.70	8.20	6.60	5.80	-8.50
29	Latvia	12.10	11.10	10.10	9.90	8.90	7.60	6.50	-5.60
	Lithuania	12.00	10.90	9.30	8.10	7.30	6.30	6.50	-5.50
31	Croatia	17.50	17.50	16.40	13.30	11.30	8.50	6.70	-10.80
	Portugal	17.00	14.50	12.90	11.50	9.20	7.30	6.70	-10.30
33	Finland	8.30	8.80	9.60	9.00	8.80	7.50	6.80	-1.50
34	Sweden	8.20	8.10	7.60	7.10	6.90	6.50	7.00	-1.20
35	Cyprus	16.10	16.30	15.20	13.20	11.30	8.60	7.30	-8.80
36	Chile	6.19	6.62	6.46	6.80	7.01	7.35	7.40	+1.21
37	France	10.00	10.30	10.40	10.10	9.50	9.10	8.50	-1.50
38	Italy	12.30	12.90	12.10	11.90	11.40	10.80	10.20	-2.10
39	Turkey	8.90	10.10	10.40	11.10	11.10	11.10	14.00	+5.10
40	Spain	26.20	24.60	22.20	19.70	17.30	15.40	14.20	-12.00
41	Greece	27.70	26.70	25.10	23.70	21.70	19.50	17.50	-10.20

Unemployment rate, age group 15-64 years. Source: OECD Online Database. LFS by sex and age – indicators & Eurostat Online Database. Unemployment rates by sex, age and citizenship (%) [lfsa\_urgan] | BertelsmannStiftung

Verglichen mit 2014 ist der Niedriglohnsektor in 17 der 26 Staaten kleiner, und in 8 Ländern größer geworden. Am stärksten waren die Veränderungen in diesem Zeitraum in Portugal und Belgien. Während jedoch der Anteil an Niedriglöhnern in Belgien zwischen 2014 und 2018 von 3,8 auf 13,7 Prozent angewachsen ist, war in Portugal ein Rückgang von 12,0 auf 4,0 Prozent zu beobachten.

Eine Ursache für den Rückgang in Portugal kann in der seit 2015 zu beobachtenden, kontinuierlichen Anpassung des monatlichen Mindestlohns gesehen werden (vgl. Jalali et al. 2020).

**Low Wage Earners (%)**

	2018	2014	2010	2006
Austria	14,8	14,8	15,0	14,2
Belgium	13,7	3,8	6,4	6,8
Bulgaria	21,4	18,2	22,0	18,9
Croatia		23,1	21,4	
Cyprus	18,7	19,3	22,6	22,7
Czechia	15,1	18,7	18,2	17,1
Denmark	8,7	8,6	8,2	8,3
Estonia	22,0	22,8	23,8	23,2
Finland	5,0	5,3	5,9	4,8
France	8,6	8,8	6,1	7,1
Germany	20,7	22,5	22,2	20,3
Greece		21,7	12,8	15,7
Hungary	13,8	17,8	19,5	21,9
Iceland	11,2	7,5	9,0	11,2
Ireland		21,6	20,7	21,4
Italy		9,4	12,4	10,3
Latvia	23,5	25,5	27,8	30,9
Lithuania	22,3	24,0	27,2	29,1
Luxembourg	11,4	11,9	13,1	13,2
Malta	15,5	15,1	17,6	14,4
Netherlands	18,2	18,0	17,5	17,7
Norway	9,2	8,3	7,3	6,5
Poland	21,9	23,6	24,2	24,7
Portugal	4,0	12,0	16,1	20,7
Romania	20,0	24,4	25,8	26,9
Slovakia	16,0	19,2	19,0	18,3
Slovenia	16,5	18,5	17,1	19,2
Spain	14,3	14,6	14,7	13,4
Sweden	3,6	2,6	2,5	1,8
Switzerland		9,4	11,0	
Turkey		0,5	0,4	0,2
United Kingdom	17,0	21,3	22,1	21,8

Low-wage earners as a proportion of all employees (excluding apprentices) by sex  
Quelle: Eurostat Online Database

Ein weiterer Indikator für prekäre Beschäftigung ist der Anteil unfreiwilliger Teilzeitarbeit an der

gesamten Teilzeitarbeit. Zwar konnte diese in vielen Ländern reduziert werden, schwankte jedoch enorm, zwischen 4 Prozent in den USA und rund 65 Prozent in Italien und Griechenland (Eurostat Online Database, OECD Online Database).

**... profitierten nicht alle Gruppen gleichermaßen vom Aufschwung**

Trotz der positiven Arbeitsmarktentwicklung lag das Armutsrisiko, gemessen an 50 Prozent des verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens, vor der Corona-Krise<sup>2</sup> in etwa der Hälfte der Staaten höher als noch zur Zeit des Höhepunkts der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Dies zeigt, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen vom Aufschwung an den Arbeitsmärkten profitiert haben. So konnte z.B. in Lettland die Beschäftigungsquote zwischen 2013 und 2019 von 65,0 auf 72,3 Prozent erhöht werden, im gleichen Zeitraum ist das Armutsrisiko von 12,9 auf 16,2 Prozent gestiegen (Eurostat Online Database).

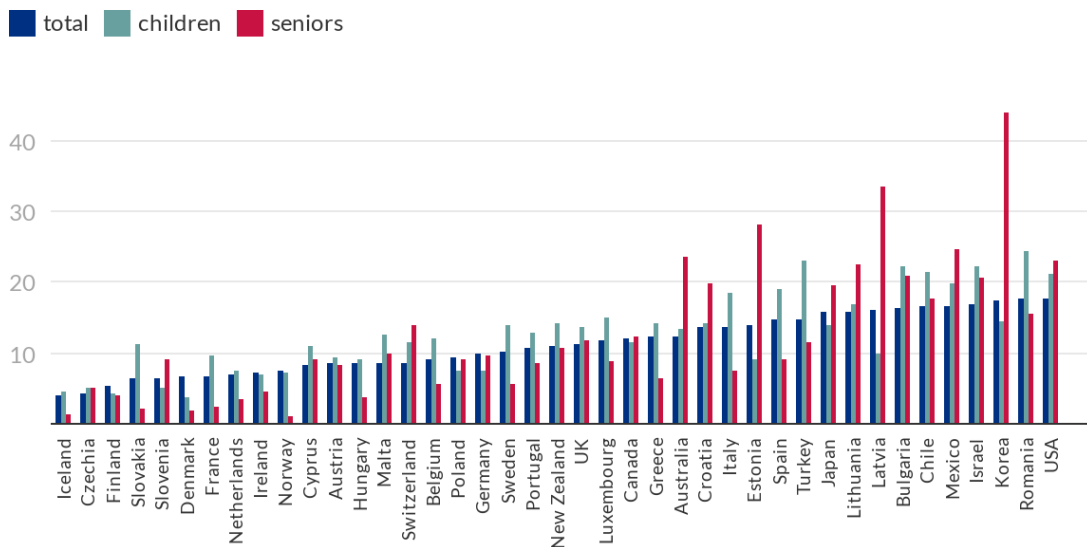
Die asynchrone Entwicklung der Armuts- und Beschäftigungsquoten kann unter anderem auf zwei Effekte zurückgeführt werden. Zum einen hat die nahezu in allen Ländern zu beobachtende Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zu einem Anstieg atypischer Beschäftigung – wie z.B. befristeter Arbeit, Teilzeitarbeit, Solo-Selbstständigkeit, Zeitarbeit – geführt. Kommt es zu langanhaltenden Verweildauern in diesen Beschäftigungsformen, ist dies für den Haushalt häufiger mit einem höheren Armutsrisiko im Lebensverlauf verbunden.

Zum anderen hat der rasante technische Fortschritt der vergangenen Jahre in vielen Ländern zu einer Polarisierung der Arbeitsmärkte beigetragen. So ist der Anteil an Jobs für Hoch- und Geringqualifizierte zunehmend größer geworden, während Arbeitsplätze für Menschen mit mittlerer Qualifikation weggefallen sind (OECD 2019). In der Folge kommt es zu einer

<sup>2</sup> 2019 oder letztes verfügbares Jahr



## Poverty risk, by age group



Source: EUROSTAT Online Database, OECD Online Database

| BertelsmannStiftung

starken Bedeutungsaufwertung höherer und höchster Qualifikationen.

Die Leistungsfähigkeit eines Sozialsystems spiegelt sich zu einem großen Teil auch in den Armutsraten besonders schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen, wie Kinder oder älterer Menschen, wider.

Das Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche lag vor Beginn der Corona-Pandemie<sup>3</sup> in 15 der 41 EU- und OECD-Staaten bereits auf einem höheren Niveau als auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2013. Den stärksten Anstieg verzeichnet die Schweiz. Dort ist der Anteil armutsgefährdeter junger Menschen zwischen 2013 und 2019 von 7,0 auf 11,6 Prozent gestiegen. Vor Beginn der Corona-Krise sind die unter 18-Jährigen in rund drei Vierteln der Länder häufiger von Armut bedroht als die Gesamtbevölkerung, in 14 Staaten liegt das Armutsrisiko für junge Menschen um mehr als 30 Prozent über dem Armutsniveau der Gesamtbevölkerung. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind enorm: Während in Dänemark, Finnland und Island weniger als 5 Prozent der

Kinder und Jugendlichen von Armut bedroht sind, trifft das in den USA, Chile, Israel, Bulgarien, der Türkei und Rumänien auf mehr als 20 Prozent dieser Altersgruppe zu. Die größten Fortschritte beim Abbau der Kinderarmut seit 2013 konnten Griechenland (von 22,3 auf 14,3 %) und Polen (von 14,5 auf 7,5%) vorweisen. Eine Ursache für den Erfolg Polens kann in der Einführung des „Family 500“ Programms im Jahr 2016 gesehen werden. Seit dem 1. April des Jahres erhalten Familien mit zwei oder mehr Kindern ein Familiengeld in Höhe von 500 Zloty (PLN)(116 €) für jedes Kind (Matthes et al. 2020).

Noch gravierender sind die Unterschiede beim Armutsrisiko älterer Menschen. Hier lag die Spannweite zwischen 1,2 Prozent in Norwegen und 43,8 Prozent in Südkorea. Zwar ist die Altersarmut „nur“ in 19 der 41 Länder höher als in der Gesamtbevölkerung, doch verzeichnen 25 Staaten einen Anstieg verglichen dem Jahr 2013. Besonders gravierend ist dieser Anstieg in den baltischen Staaten. So ist beispielsweise in Lettland das Armutsrisiko für Senioren seit dem

<sup>3</sup> 2019 oder letztes verfügbares Jahr

Höhepunkt der Finanzkrise von 6,5 auf 33,6 Prozent angestiegen.

Der wirtschaftliche Abschwung im Zuge der Corona-Krise und der damit verbundene Anstieg der Arbeitslosigkeit wird das Armutsrisiko in den meisten EU- und OECD-Ländern erhöhen. Dies gilt zunächst besonders für junge Menschen, da Kinderarmut in engem Zusammenhang mit dem Beschäftigungsstatus der Eltern steht (OECD 2020a).

**Bildung: Steigendes Niveau, nachlassende Qualität und große Unterschiede beim Zugang zu digitalem Lernen**

Ein zentraler Faktor für die wirtschaftlich erfolgreiche Bewältigung der Krise ist der ungehindert fortlaufende Bildungsfortschritt der Bevölkerung. Der Bildungserfolg eines Menschen bestimmt maßgeblich über seine Arbeitsmarkt- und damit auch über soziale Teilhabechancen. Vor diesem Hintergrund ist zwar positiv festzuhalten, dass in 36 Staaten Ende 2019 mehr Menschen mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügen als vor sechs Jahren. Trotz dieser Entwicklung sind die Unterschiede zwischen den Ländern bei diesem Indikator noch immer gewaltig. Während in den baltischen Staaten, Tschechien, Polen, der Slowakei, Finnland, Kanada und den USA mehr als 90 Prozent der 25-64-Jährigen mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II haben, liegt dieser Wert in Mexiko und der Türkei – trotz signifikanter Verbesserungen – weiterhin unter 40 Prozent (Eurostat Online Database, OECD Online Database).

Im Hinblick auf gerechte Bildungschancen ist zudem bedenklich, dass der Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds in vielen Staaten noch immer großen, in 16 Ländern sogar steigenden Einfluss auf den Bildungserfolg der Schüler:innen hat. Am stärksten ist dieser Einfluss in Rumänien, Belgien, der Slowakei, Frankreich und Ungarn ausgeprägt (OECD PISA 2018).

PISA Low Achievers in all Subjects  
Unit: Percent

Rank	Country	Sustainable Governance Indicators								change to 2014
		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020		
1	Estonia	3.25	3.25	3.25	4.74	4.74	4.74	4.22	+0.97	
2	Canada	6.16	6.16	6.16	5.94	5.94	5.94	6.37	+0.21	
3	Japan	5.52	5.52	5.52	5.59	5.59	5.59	6.42	+0.90	
4	Poland	5.71	5.71	5.71	8.27	8.27	8.27	6.70	+0.99	
5	Finland	5.35	5.35	5.35	6.27	6.27	6.27	7.01	+1.66	
6	Ireland	6.76	6.76	6.76	6.76	6.76	6.76	7.49	+0.73	
7	South Korea	4.35	4.35	4.35	7.67	7.67	7.67	7.55	+3.20	
8	Slovenia	9.93	9.93	9.93	8.20	8.20	8.20	8.03	-1.90	
9	Denmark	9.33	9.33	9.33	7.47	7.47	7.47	8.14	-1.19	
10	United Kingdom	11.19	11.19	11.19	10.06	10.06	10.06	9.02	-2.17	
11	Latvia	8.29	8.29	8.29	10.45	10.45	10.45	9.16	+0.87	
12	Spain	10.37	10.37	10.37	10.33	10.33	10.33	10.33	-0.04	
13	Sweden	15.00	15.00	15.00	11.37	11.37	11.37	10.49	-4.51	
14	Czechia	8.91	8.91	8.91	13.66	13.66	13.66	10.52	+1.61	
15	Switzerland	7.46	7.46	7.46	10.06	10.06	10.06	10.69	+3.23	
16	Netherlands	8.62	8.62	8.62	10.90	10.90	10.90	10.80	+2.18	
17	New Zealand	11.14	11.14	11.14	10.59	10.59	10.59	10.89	-0.25	
18	Australia	9.10	9.10	9.10	11.11	11.11	11.11	11.22	+2.12	
19	Norway	11.00	11.00	11.00	8.95	8.95	8.95	11.26	+0.26	
20	Belgium	11.53	11.53	11.53	12.67	12.67	12.67	12.49	+0.96	
21	France	12.66	12.66	12.66	14.78	14.78	14.78	12.52	-0.14	
22	Portugal	12.56	12.56	12.56	10.74	10.74	10.74	12.64	+0.08	
23	United States	12.22	12.22	12.22	13.56	13.56	13.56	12.65	+0.43	
24	Germany	8.76	8.76	8.76	9.82	9.82	9.82	12.82	+4.06	
25	Austria	10.71	10.71	10.71	13.50	13.50	13.50	13.51	+2.80	
26	Iceland	13.56	13.56	13.56	13.18	13.18	13.18	13.71	+0.15	
27	Italy	11.87	11.87	11.87	12.24	12.24	12.24	13.77	+1.90	
28	Lithuania	12.07	12.07	12.07	15.33	15.33	15.33	13.87	+1.80	
29	Croatia	11.71	11.71	11.71	14.51	14.51	14.51	14.06	+2.35	
30	Hungary	13.10	13.10	13.10	18.52	18.52	18.52	15.46	+2.36	
31	Slovakia	18.77	18.77	18.77	20.11	20.11	20.11	16.95	-1.82	
32	Turkey	15.56	15.56	15.56	31.19	31.19	31.19	17.11	+1.55	
33	Luxembourg	14.40	14.40	14.40	16.99	16.99	16.99	17.41	+3.01	
34	Greece	15.75	15.75	15.75	20.69	20.69	20.69	19.87	+4.12	
35	Israel	18.50	18.50	18.50	20.18	20.18	20.18	22.08	+3.58	
36	Malta	21.91	21.91	21.91	21.91	21.91	21.91	22.58	+0.67	
37	Chile	24.57	24.57	24.57	23.26	23.26	23.26	23.47	-1.10	
38	Cyprus	26.11	26.11	26.11	26.11	26.11	26.11	25.67	-0.44	
39	Romania	24.02	24.02	24.02	24.32	24.32	24.32	29.78	+5.76	
40	Bulgaria	28.57	28.57	28.57	29.56	29.56	29.56	31.94	+3.37	
41	Mexico	30.99	30.99	30.99	33.78	33.78	33.78	35.03	+4.04	

Students scoring below the baseline level of proficiency (level 2) on each of the PISA scales (reading, mathematics, and science).  
Source: OECD PISA

| BertelsmannStiftung

Sorgenvoll für eine erfolgreiche Krisenbewältigung stimmt aber, dass sich die Bildungsqualität – gemessen an den zuletzt verfügbaren PISA-Ergebnissen des Jahres 2018 – in rund drei Vierteln der EU- und OECD-Länder verschlechtert hat (OECD PISA 2018). Auch der Anteil der Schüler:innen, die in allen 3 PISA-Bereichen schlecht abschneiden und somit kaum Aussichten auf einen höheren Bildungsabschluss haben, ist in der deutlichen Mehrheit der Länder signifikant angewachsen (vgl. Grafik). Dabei bestehen auch bei diesem Indikator beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern. Während in Estland lediglich 4,2 Prozent der Schüler:innen in allen drei PISA-Kategorien schlecht abschneiden, trifft dies in Bulgarien und Mexiko auf etwa jeden dritten jungen Menschen zu (vgl. Grafik).

In Estland ist nicht nur die Anzahl von leistungsschwachen Schüler:innen gering, sondern auch die Varianz der Schülerleistungen.

Gründe für dieses gute Ergebnis sind eine hohe Teilnahmequote von Kindern an vorschulischer Bildung (95 %), ein angemessenes Gehaltsniveau für Lehrer sowie verschiedene soziale Unterstützungsmaßnahmen für die Schüler:innen, wie z.B. kostenlose Schulspeisung und Transport durch Schulbusse (vgl. Toots et al. 2020).

Es ist davon auszugehen, dass die Schulschließungen aufgrund der Corona-Krise die ungleiche Verteilung der Bildungschancen zwischen den Ländern weiter verschärfen wird. Ein Grund dafür ist, dass die Bildungssysteme in sehr unterschiedlichem Maße darauf vorbereitet waren, den aufgrund von Schulschließungen ausgefallenen Unterricht durch Formen des digitalen (Fern-)Lernens zu kompensieren.

So hat laut der PISA-Untersuchung von 2018 durchschnittlich nur rund die Hälfte der Schüler:innen in den OECD-Ländern eine Schule besucht, in der eine effektive Online-Lernplattform vorhanden ist. Auch hier ist die Bandbreite enorm. In Dänemark werden demnach 90 Prozent der Schüler:innen an derartigen Schulen unterrichtet, in Luxemburg und Japan trifft dies nicht einmal auf jeden vierten Schüler:in zu (OECD PISA in Focus 2020).

Aber nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch innerhalb der Länder zeigen sich deutliche Unterschiede beim Zugang zu digitalem Lernen. So haben Schüler:innen an sozioökonomisch benachteiligten Schulen nicht nur seltener Zugang zu digitalem Lernen in der Schule. Vielmehr mangelt es Ihnen zu Hause häufiger an einem ruhigen Ort zum Lernen, einem Computer für Schularbeiten und einer Internetverbindung (OECD PISA in Focus 2020).

### **Ausblick**

Der mit der COVID-19-Krise verbundene wirtschaftliche Einbruch hat inzwischen die durchschnittliche Arbeitslosenquote im OECD Raum deutlich ansteigen lassen. Lag diese Ende 2019 noch bei 5,3 Prozent, ist – trotz massiver staatlicher Hilfsprogramme – bis Ende 2020 mit

einem Anstieg auf 10 Prozent zu rechnen. Dabei trifft die Arbeitsmarktkrise insbesondere atypisch Beschäftigte, vor allem Frauen und junge Menschen, da diese im Allgemeinen in weniger sicheren Jobs arbeiten und in den am stärksten von der Krise betroffenen Branchen wie Tourismus und Gaststätten stark vertreten sind (OECD 2020b).

Atypisch Beschäftigte und Selbständige sind es auch, die nun verstärkt dem Armutrisiko ausgesetzt sind. Der Grund ist, dass in den am stärksten vom wirtschaftlichen Einbruch betroffenen Sektoren bis zur Hälfte aller Arbeitnehmer:innen atypisch beschäftigt oder selbständig ist. Diesen fehlt es oftmals an Arbeitsplatzsicherheit, zudem ist ihr Zugang zu Arbeitslosengeld oder sonstiger staatlicher Unterstützung nur begrenzt (OECD 2020b).

Die Länder sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um finanzielle Unterstützung für die am stärksten von der Krise Betroffenen zu gewährleisten sowie die Arbeitsmärkte zu stabilisieren und widerstandsfähiger zu machen. Gelingt dies nicht, droht die Beschäftigungskrise zu einer sozialen Krise zu werden.

Eine solche soziale Krise kann ein wichtiger Nährboden für den (Wieder-) Aufstieg der Populisten und die Vertiefung der Krise der liberalen Demokratie sein – auch dies eine Lektion aus den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009.

### ***Ungünstige politische Rahmenbedingungen für erfolgreiches Krisenmanagement: Demokratie unter Druck***

Schon vor der COVID-19-Krise war offensichtlich, dass die EU- und OECD-Länder gegen eine allmähliche Aushöhlung demokratischer Standards keinesfalls immun sind. Von den 41 OECD- und EU-Ländern, die im Rahmen unserer jährlichen Expertenbefragung bewertet werden, haben nicht weniger als 24 eine Verschlechterung der demokratischen Standards im Vergleich zum Höhepunkt der negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren

2012/2013 zumindest in irgendeiner Form erlebt. Vor allem in den nicht auf Wahlen beruhenden Bereichen der Demokratie, wie Medienfreiheit, Bürgerrechte und politische Freiheiten sowie gerichtliche Überprüfung, gab es in einigen Ländern also bereits vor der COVID-19-Krise massive Einschränkungen des demokratischen Raums.

In der Türkei, Ungarn, Mexiko, Rumänien sowie in Polen müssen demokratische Normen und Institutionen wie eine freie Presse und eine unabhängige Justiz heute als defekt angesehen werden. In einigen dieser Länder wurde der medizinische Ausnahmezustand der COVID-19-Krise gezielt dafür genutzt, demokratische Standards weiter auszuhöhlen (Hartmann 2020).

Bei der Beurteilung der Qualität demokratischer Institutionen und Prozesse hatten sich bereits vor der Krise außerdem drei weitere Länder – Bulgarien, Japan, Kroatien – gefährlich nah der Gruppe der Länder mit defekten demokratischen Normen und Institutionen angenähert. Auch in diesen Ländern war eine erhebliche Schwächung grundlegender demokratischer Institutionen und Prozesse zu konstatieren. In Japan z.B. war bereits vor der COVID-19-Krise eine effektive Kontrolle der Arbeit der Regierung nicht mehr im erforderlichen Maße gegeben. Einerseits hat die Regierung durch die Verabschiedung umstrittener Gesetze, wie des „state secrets acts“ aus dem Jahr 2014 die Freiheit der Berichterstattung in einer oligopolistischen Medienlandschaft stark beschnitten. Auch die richterliche Kontrolle muss als schwach und zu regierungsfreundlich eingestuft werden. Schließlich füllte das japanische Parlament seine Rolle als Kontrollorgan zuletzt nur wenig wirksam aus und war selten Ort effektiver Politikvorbereitung oder -kontrolle. Jüngsten Umfragen zufolge war das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung daher bereits vor der COVID-19-Krise stark eingeschränkt (Pascha et al. 2020).

Zudem befanden sich mit den USA, Island, den Niederlanden, Australien und Israel auch fünf Länder aus der Gruppe der lang-etablierten Demokratien unter den Ländern, deren

demokratische Normen und Praktiken bereits vor der Krise unter Druck geraten sind.

Wie die jüngsten Präsidentschaftswahlen in den USA eindrucksvoll belegen, werden auch Wahlen selbst zunehmend zum Ziel autoritär-populistischer Attacken. Neben beträchtlichen Einschränkungen bei der Registrierung und den Identifikationsvorschriften für Wähler (Quirk et al. 2020), wurde die US-Wahl selbst insbesondere durch die Versuche des bisherigen Amtsinhabers Donald Trump überschattet, durch haltlose Behauptungen über einen vermeintlichen Wahlbetrug das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Abstimmung zu untergraben (OSCE ODIHR and OSCE PA 2020).

### ***Politische Polarisierung treibt demokratischen Rückschritt***

Ein wichtiger Treiber für den vielerorts beobachtbaren Prozess des demokratischen Rückschritts ist der starke Anstieg der politischen Polarisierung in Gesellschaft und Politik.

Vielerorts scheiterten politische Parteien und Regierungen, die den Grundwerten der liberalen Demokratie verpflichtet sind, darin, vielversprechende Politikansätze zur Überwindung und Überbrückung der sich ausweitenden wirtschaftlichen und soziokulturellen Spaltungen in der Gesellschaft zu finden und umzusetzen.

Dies wiederum hat einen wachsenden Teil der Wählerschaft gefördert, der sich von der Politik sozial ausgegrenzt und/oder entfremdet fühlt. Im Allgemeinen haben sich diese Wähler entweder aus dem demokratischen Prozess zurückgezogen oder – wie zuletzt zunehmend der Fall – den radikalen Parteien oder Politiker:innen zugewendet, um vermeintlich Abhilfe zu schaffen.

Infolgedessen sind in vielen Ländern die Parteiensysteme, die früher von zwei oder drei Volksparteien dominiert waren, zunehmend zersplittert, da immer mehr neue Parteien gewählt werden. Gleichzeitig hat die ideologische Kluft sowohl zwischen als auch innerhalb der politischen Parteien zugenommen.

### Desinformation starke Waffe für Populisten

Zugleich war es autoritären Populisten vielerorts gelungen, die politischen und gesellschaftlichen Spaltungen bewusst weiter zu vertiefen. Viele Regierungen befanden sich vor der COVID-19-Krise in einer Art permanentem Wahlkampfmodus, der es schwieriger machte, langfristig tragfähige Kompromisse über Parteigrenzen hinweg auszuarbeiten.

Desinformation ist zu einer besonders wirksamen Waffe geworden, die von populistischen Herausforderern, ausländischen Akteuren, wie dem russischen Geheimdienst und rechtsextremen Gruppen eingesetzt wird. Soziale Medien wurden genutzt, um demokratische Werte in Frage zu stellen, aber auch, um gezielt Konflikte und Chaos zu schüren.

Im Kontext verschärfter politischer Spaltungen fiel es vielen Regierungen bereits vor der Krise zunehmend schwerer, parteiübergreifende Kompromisse zu organisieren und langfristig tragfähige Vereinbarungen in der Politikgestaltung zu finden.

Anhand unserer Daten lässt sich ablesen, dass in annähernd der Hälfte der Industriestaaten – in 19 von 41 OECD- und EU-Staaten – das Ausmaß der politischen Polarisierung bereits vor der Krise ein großes Hindernis für eine nachhaltige Politikgestaltung darstellt.<sup>4</sup> In Israel war die Polarisierung vor der Krise sogar so weit vorangeschritten, dass der politische Prozess hier insgesamt zum vollständigen Erliegen kam (vgl. Levi-Faur et al. 2020).

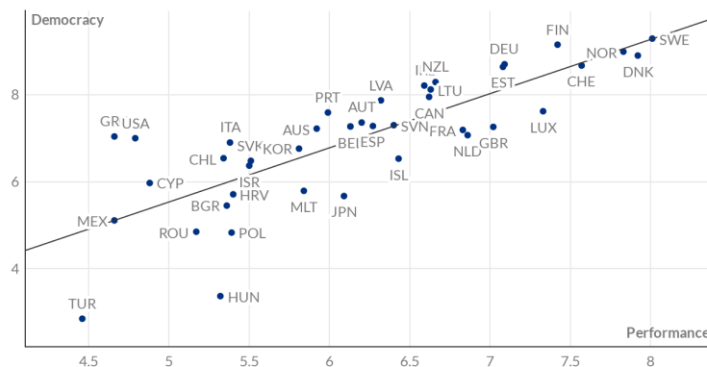
Wie unsere Daten zeigen, gehen eine hohe Demokratiequalität, eine gute Regierungsführung einerseits und nachhaltige Politikergebnisse andererseits häufig Hand in Hand (vgl. Grafiken).

Dies sollte keine große Überraschung sein. Eine vorausschauende Politikgestaltung wird in vielerlei Hinsicht davon abhängen, ob die Möglichkeiten demokratischer Beteiligung und

Kontrolle sowie die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Bürgerrechte gewährleistet sind. Denn nur so kann das Vertrauen der Bürger:innen in die Legitimität des Handelns der Regierung langfristig gesichert werden.

Dies gilt nicht zuletzt jetzt in Zeiten einer Krise. Ohne eine breite gesellschaftliche Unterstützung und Vertrauen in die Krisenreaktion der Regierung wird selbst den besten Ideen die nötige Zugkraft fehlen, um sich in der Praxis durchzusetzen. Das Vertrauen in die Mechanismen und Institutionen der Regierungsführung ermöglicht es den Gesellschaften auch, entschlossener und angemessener auf Veränderungen in einer Krise zu reagieren.

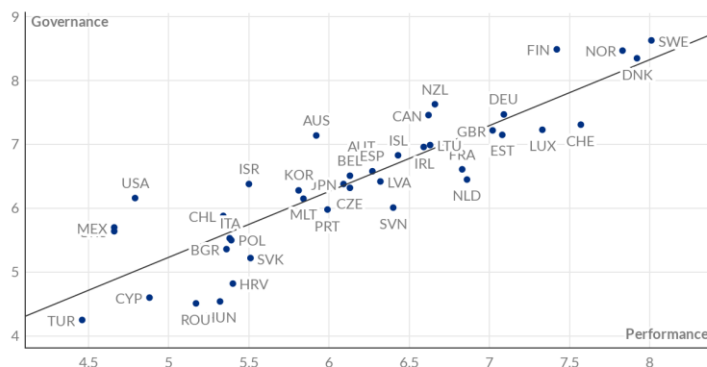
Policy Performance and Democracy



Source: SGI 2020

| BertelsmannStiftung

Policy Performance and Governance



Source: SGI 2020

| BertelsmannStiftung

<sup>4</sup> Detaillierte Einschätzung zu den Auswirkungen der parteipolitischen Polarisierung auf den politischen Prozess

finden sich in den Länderberichten, abrufbar unter: <https://www.sgi-network.org/2020/Downloads>

Die demokratisch-rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen für ein vorausschauendes und beherrschtes Krisenmanagement waren somit am Vorabend der COVID-Krise in einer ganzen Reihe von Staaten äußerst ungünstig. Dies galt einerseits für diejenigen Staaten, wie die Türkei, Ungarn, Polen und Rumänien, deren Demokratie zuvor bereits stark dysfunktionale Züge aufwies. Andererseits galt dies aber auch für Länder wie Bulgarien, Japan, Kroatien, Israel, die Slowakei, Island, die USA, die Niederlande und Australien, deren demokratische Institutionen und Prozesse zuletzt stark unter Druck geraten waren.

organisieren, zuletzt zwischen der Labour Partei von Premierministerin Jacinda Ardern und der als nationalistisch-populistisch zu verortenden Partei NZ First. Als erster Industriestaat überhaupt hat das Land 2019 ein sog. wellbeing budget eingeführt, das verstärkt Haushaltsmittel in fünf prioritäre wellbeing-Bereiche lenkt und anhand von Indikatoren misst, inwieweit die Ziele erreicht werden (vgl. Hellmann et al. 2020).

**Große Unterschiede in der politischen Reformkapazität**

Dem Staat und seiner Fähigkeit zur Steuerung kommt im Krisenmanagement traditionell eine zentrale Rolle zu. Die Fähigkeit einer Regierung, Risiken und sozio-ökonomische Folgen der COVID-19-Krise zu analysieren, basierend darauf schnell und breit abgestimmt zielgenaue Maßnahmen zu formulieren, diese effektiv an die Bürger zu kommunizieren und umzusetzen sowie fortlaufend ihre Wirksamkeit zu evaluieren, sind wichtige Erfolgskriterien für die Steuerungsfähigkeit einer Regierung.

Auch bei der Frage der Steuerungsfähigkeit hat sich der Abstand zwischen der Spitzengruppe bestehend aus den Nordischen Staaten sowie Neuseeland und der unteren Hälfte der Staaten jedoch weiter bedrohlich ausgeweitet. Eine Ausnahme aus dem Feld der Spitzengruppe stellt Australien dar, dessen Regierung zuletzt ebenfalls Einbußen in der Steuerungsfähigkeit aufwies.

Die stärksten Verluste an Steuerungsfähigkeit verzeichneten vor der Krise die Regierungen in Polen, den USA, der Türkei, der Slowakei, Italien, Mexiko und Ungarn. Diese Länder bilden zusammen mit Zypern, Rumänien, Kroatien, Bulgarien, Griechenland, Slowenien, Tschechien und Belgien weiterhin die Gruppe der Regierungen mit der geringsten Fähigkeit zu effektiver Steuerung.

Quality of Democracy  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Sweden	9.3	9.1	9.2	9.2	9.2	9.3	9.3	0.0
2	Finland	9.1	9.1	9.1	9.1	9.1	9.1	9.1	0.0
3	Norway	9.1	9.1	9.0	9.0	9.0	9.0	9.0	-0.1
4	Denmark	9.0	8.9	8.9	8.9	8.9	8.9	8.9	-0.1
5	Germany	8.6	8.7	8.8	8.8	8.8	8.7	8.7	+0.1
	Switzerland	8.7	8.7	8.6	8.6	8.7	8.7	8.7	0.0
7	Estonia	8.3	8.4	8.4	8.4	8.5	8.7	8.6	+0.3
8	New Zealand	8.6	8.6	8.5	8.5	8.4	8.3	8.3	-0.3
9	Ireland	8.3	8.3	8.1	8.3	8.3	8.2	8.2	-0.1
10	Lithuania	8.1	8.1	8.1	8.1	8.1	8.1	8.1	0.0
11	Canada	7.7	7.6	7.6	7.8	7.8	7.9	8.0	+0.3
12	Latvia	8.1	8.1	7.9	8.0	7.9	7.9	7.9	-0.2
13	Luxembourg	7.8	7.9	7.8	7.8	7.8	7.6	7.6	-0.2
	Portugal	7.5	7.4	7.4	7.5	7.5	7.5	7.6	+0.1
15	Austria	7.4	7.5	7.5	7.4	7.4	7.4	7.4	0.0
16	Belgium	7.4	7.4	7.4	7.4	7.3	7.3	7.3	-0.1
	Czechia	7.6	7.4	7.1	7.4	7.3	7.2	7.3	-0.3
	Slovenia	7.5	7.6	7.6	7.7	7.5	7.3	7.3	-0.2
	Spain	7.0	6.8	6.8	7.1	7.1	7.3	7.3	+0.3
	United Kingdom	7.3	7.2	7.4	7.3	7.5	7.3	7.3	0.0
21	Australia	7.8	7.7	7.6	7.6	7.6	7.4	7.2	-0.6
	France	6.9	7.0	7.0	7.1	7.1	7.2	7.2	+0.3
23	Netherlands	7.7	7.7	7.5	7.5	7.3	7.3	7.1	-0.6
24	Greece	7.0	6.9	6.9	6.9	6.8	6.8	7.0	0.0
	United States	8.4	8.0	8.1	7.9	7.4	7.4	7.0	-1.4
—	Average	7.3	7.2	7.2	7.1	7.1	7.0	7.0	
26	Italy	6.8	7.2	7.2	7.3	7.3	7.2	6.9	+0.1
27	South Korea	5.6	5.6	5.5	5.6	6.2	6.6	6.8	+1.2
28	Chile	6.7	6.5	6.5	6.6	6.7	6.7	6.5	-0.2
	Iceland	7.6	7.2	7.2	6.9	6.8	6.6	6.5	-1.1
	Slovakia	7.1	7.0	7.0	6.9	6.8	6.5	6.5	-0.6
31	Israel	6.9	6.9	6.7	6.5	6.4	6.4	6.4	-0.5
32	Cyprus	6.4	6.2	6.2	6.2	6.2	6.2	6.0	-0.4
33	Malta	5.3	5.5	5.5	5.6	5.7	5.7	5.8	+0.5
34	Croatia	5.6	5.9	5.9	5.8	5.8	5.7	5.7	+0.1
	Japan	6.1	5.9	5.9	5.8	5.8	5.8	5.7	-0.4
36	Bulgaria	5.8	5.8	5.8	5.7	5.7	5.6	5.5	-0.3
37	Mexico	5.9	5.8	5.8	4.9	4.7	4.8	5.1	-0.8
38	Romania	5.2	5.1	5.1	5.1	5.1	4.9	4.9	-0.3
39	Poland	8.4	8.4	8.4	5.9	5.3	5.1	4.8	-3.6
40	Hungary	5.0	4.1	4.1	3.7	3.5	3.4	3.4	-1.6
41	Turkey	4.7	4.4	4.2	3.5	3.0	2.7	2.9	-1.8



In Neuseeland lässt sich indes beobachten, dass der Aufstieg des autoritären Populismus mit all seinen negativen Begleiterscheinungen keinesfalls ohne Alternative sein muss. So gelang es in diesem Land in jüngerer Vergangenheit immer wieder, parteiübergreifende Kompromisse und Koalitionen zu

Executive Capacity  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Sweden	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4	8.5	8.5	+0.1
2	Denmark	8.3	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4	+0.1
	Finland	8.6	8.6	8.6	8.5	8.3	8.4	8.4	-0.2
4	New Zealand	8.2	8.3	8.4	8.4	8.4	8.1	8.0	-0.2
	Norway	8.1	8.1	8.1	8.0	7.9	8.0	8.0	-0.1
6	Canada	7.5	7.5	7.5	7.8	7.8	7.8	7.8	+0.3
7	Latvia	7.6	7.4	7.4	7.4	7.4	7.5	7.5	-0.1
8	Lithuania	7.2	7.2	7.2	7.2	7.2	7.2	7.2	0.0
	Switzerland	7.3	7.3	7.3	7.4	7.4	7.2	7.2	-0.1
10	United Kingdom	7.3	7.4	7.8	7.6	7.4	7.4	7.1	-0.2
11	Germany	6.8	6.8	6.7	6.7	6.8	6.9	7.0	+0.2
12	France	6.4	5.6	5.9	6.0	6.8	6.7	6.8	+0.4
	Ireland	6.4	6.7	6.7	6.8	6.6	6.8	6.8	+0.4
14	Estonia	6.5	6.3	6.2	6.1	6.5	6.8	6.7	+0.2
15	Australia	7.1	6.8	6.8	6.8	6.8	6.6	6.6	-0.5
	Luxembourg	6.8	6.8	6.8	6.8	6.8	6.6	6.6	-0.2
	Spain	6.3	6.4	6.4	6.4	6.3	6.6	6.6	+0.3
18	Japan	6.2	6.4	6.5	6.4	6.4	6.4	6.5	+0.3
	South Korea	6.6	6.4	6.4	6.1	6.6	6.5	6.5	-0.1
20	Chile	6.5	6.6	6.5	6.5	6.5	6.4	6.2	-0.3
	Iceland	6.2	6.2	6.2	6.3	6.3	6.2	6.2	0.0
	Israel	6.4	6.2	6.2	6.0	6.2	6.3	6.2	-0.2
	Portugal	6.0	5.8	5.7	6.2	6.1	6.0	6.2	+0.2
—	Average	6.3	6.3	6.3	6.3	6.3	6.2	6.1	
24	Netherlands	6.5	6.4	6.2	6.3	6.5	6.2	6.1	-0.4
25	Austria	6.1	6.1	6.1	6.2	6.2	6.1	6.0	-0.1
26	Malta	4.8	5.1	5.3	5.4	5.6	5.6	5.8	+1.0
27	Belgium	5.7	5.7	5.6	5.5	5.4	5.6	5.5	-0.2
	Mexico	6.3	6.4	6.0	5.6	5.4	5.3	5.5	-0.8
29	Czechia	5.0	5.2	5.2	5.3	5.4	5.4	5.3	+0.3
30	United States	7.4	7.4	7.4	7.4	5.5	5.3	5.2	-2.2
31	Slovenia	4.5	4.6	4.8	4.8	4.8	4.9	5.0	+0.5
32	Italy	5.9	6.2	6.4	6.6	6.5	5.1	4.9	-1.0
	Poland	7.2	7.3	7.4	5.6	5.2	5.0	4.9	-2.3
34	Greece	4.2	4.3	4.0	4.4	4.7	4.3	4.8	+0.6
35	Bulgaria	4.9	4.7	4.9	4.9	4.9	4.7	4.7	-0.2
36	Turkey	6.2	5.9	5.8	5.7	5.2	4.6	4.5	-1.7
37	Hungary	5.1	5.1	5.0	4.9	4.9	4.6	4.4	-0.7
	Slovakia	5.5	5.4	5.3	5.2	5.1	4.7	4.4	-1.1
39	Croatia	4.5	4.5	4.5	4.3	4.2	4.2	4.2	-0.3
40	Romania	4.4	4.3	4.4	4.9	4.3	4.1	4.1	-0.3
41	Cyprus	3.0	3.6	3.6	3.9	4.0	4.0	4.0	+1.0



| BertelsmannStiftung

Die mangelnde Steuerungsfähigkeit zeigt sich in der COVID-Krise exemplarisch in der Kapazität der Regierung, Expertenrat in der frühen Phase der Politikformulierung zu berücksichtigen.

In immerhin 17 der 41 Industrieländer wurden Experten in der Vergangenheit nur wenig systematisch und selten in die Phase der Policy-Entwicklung mit einbezogen. Dies gilt auch für große Industriestaaten wie Frankreich, die USA, Italien oder Polen (vgl. Grafik).

In Ungarn verzichtete die Regierung von Viktor Orbán zuletzt nicht nur vollständig auf den Rat unabhängiger Expert:innen, sondern richtete stattdessen eigene partei-nahe Expert:innenkreise und Institutionen ein, die v.a. bemüht sind, die öffentliche Meinung im Sinne der Regierung zu beeinflussen (vgl. Ágh et al. 2020).

Eine positive Entwicklung hin zu einer häufigeren und systematischeren Einbeziehung von

unabhängigen Expert:innen ist dagegen in Belgien und Lettland zu verzeichnen.

Expert Advice  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Switzerland	9	9	9	9	9	9	9	0
2	Canada	7	7	7	8	8	8	8	+1
	Chile	8	8	8	8	8	8	8	0
	Denmark	8	8	8	8	8	8	8	0
	New Zealand	7	7	7	7	7	7	7	+1
	Norway	8	8	8	8	8	8	8	0
	Sweden	7	7	7	8	8	8	8	+1
8	Estonia	7	7	7	7	7	7	7	0
	Finland	6	6	7	7	7	7	7	+1
	Greece	6	6	6	6	6	6	7	+1
	Israel	7	7	7	7	7	7	7	0
	Luxembourg	7	7	7	7	7	7	7	0
	Mexico	6	6	7	6	6	6	7	+1
	Spain	6	6	6	6	6	7	7	+1
	United Kingdom	7	8	8	8	8	8	7	0
16	Australia	6	6	6	6	6	6	6	0
	Belgium	5	5	6	6	6	6	6	+1
	Germany	6	6	6	6	6	6	6	0
	Iceland	6	6	6	6	6	6	6	0
	Japan	6	6	6	6	6	6	6	0
	Latvia	5	5	5	5	6	6	6	+1
	Lithuania	7	7	7	7	6	6	6	-1
	Netherlands	6	6	6	6	6	6	6	0
	South Korea	6	6	6	6	6	6	6	0
—	Average	5.9	5.9	6.0	6.0	5.8	5.8	5.8	
25	Bulgaria	5	5	5	5	5	5	5	0
	Czechia	5	6	6	6	6	6	5	0
	France	4	4	4	4	4	4	5	+1
	Ireland	5	5	5	5	5	5	5	0
	Malta	5	5	5	5	5	5	5	0
	Portugal	5	5	5	5	5	5	5	0
	Slovakia	6	5	5	5	5	5	5	-1
32	Austria	5	5	5	5	5	4	4	-1
	Croatia	4	4	4	4	4	4	4	0
	Poland	7	7	7	4	4	4	4	-3
	Romania	4	4	5	6	5	4	4	0
	Slovenia	3	4	4	4	4	4	4	+1
	Turkey	6	6	6	5	4	4	4	-2
	United States	7	7	7	7	4	4	4	-3
39	Cyprus	2	3	3	3	3	3	3	+1
	Italy	7	5	5	5	5	3	3	-4
41	Hungary	2	2	2	2	2	2	2	0



| BertelsmannStiftung

Noch schlechter schneidet die Industriestaatenwelt bei der Frage ab, inwieweit politische Maßnahmen auch regelmäßig evaluiert und anschließend angepasst werden. In Belgien, Zypern, Griechenland, Island, Luxemburg und der Türkei verzichteten die Regierungen zuletzt vollständig auf die Ex-Post-Evaluation von Maßnahmen.

In der Slowakei, Rumänien, Portugal, Polen, Irland, Ungarn, Kroatien, Bulgarien, Österreich, Italien und den USA werden Ex-Post-Evaluationen nur selten genutzt - und wenn genutzt, führen sie kaum zu einer Anpassung der jeweiligen Politikmaßnahmen.

Eine hohe Qualität der Ex-Post-Evaluation innerhalb des politischen Prozesses ist dagegen

lediglich in Großbritannien, der Schweiz und Finnland gegeben (vgl. Grafik).

Quality of Ex Post Evaluation  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	United Kingdom						10	10	
2	Finland						9	9	
	Switzerland						9	9	
4	Denmark						8	8	
	Norway						8	8	
	Sweden						8	8	
7	Canada						7	7	
	Estonia						7	7	
	France						7	7	
	Germany						7	7	
	Japan						7	7	
	Lithuania						7	7	
	South Korea						6	7	
14	Australia						6	6	
	Chile						6	6	
	Czechia						6	6	
	Israel						6	6	
	Latvia						6	6	
	Malta						6	6	
	Mexico						7	6	
	Netherlands						7	6	
	New Zealand						6	6	
	Slovenia						6	6	
	Spain						6	6	
	— Average						5.3	5.3	
25	Italy						5	5	
	United States						5	5	
27	Austria						3	3	
	Bulgaria						3	3	
	Croatia						3	3	
	Hungary						3	3	
	Ireland						3	3	
	Poland						3	3	
	Portugal						3	3	
	Romania						3	3	
	Slovakia						3	3	
36	Belgium						2	2	
	Cyprus						2	2	
	Greece						2	2	
	Iceland						2	2	
	Luxembourg						2	2	
	Turkey						2	2	



| BertelsmannStiftung

Nicht nur die (policy-)analytischen Fähigkeiten einer Regierung sind zentral für die Qualität der Krisenreaktion, sondern auch die Konsultation wichtiger zivilgesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeber:innenverbände, Religionsvertreter:innen, Vertreter:innen von Umwelt- oder Wohlfahrtsverbänden. Deren Einbindung erhöht in der Regel die Qualität der Krisenreaktion und sichert wichtige gesellschaftliche Unterstützung gerade während der wichtigen Umsetzungsphase.

Klarer Spitzenreiter bei diesem SGI-Kriterium sind Norwegen und die Schweiz. Selbst in diesen beiden Vorzeigestaaten gab es jedoch vor der Pandemie bereits Rückschritte in der Beteiligungsintensität (vgl. Armingeon et al. 2020; Sverdrup et al. 2020). In 13 Industriestaaten war diese Form des inklusiven

Regierens effektiv dagegen zuletzt gar nicht erst gegeben. In Ungarn, der Türkei, Rumänien, Polen, Griechenland, Italien, Kroatien, den USA, Slowenien, der Slowakei, Portugal, Zypern und Bulgarien wurden zivilgesellschaftliche Gruppen entweder überhaupt nicht oder nur in sehr klientelistischer / unfairer Weise beteiligt.

Public Consultation  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Norway	10	10	10	10	10	10	10	0
	Switzerland	10	10	10	10	10	10	10	0
3	Denmark	9	9	9	9	9	9	9	0
4	Canada	7	7	7	8	8	8	8	+1
	Finland	10	10	9	8	8	8	8	-2
	Latvia	7	7	7	7	8	8	8	+1
	Netherlands	9	9	9	9	9	8	8	-1
	New Zealand	8	8	8	8	8	8	8	0
	Sweden	8	7	8	8	8	8	8	0
10	Australia	7	7	7	7	7	7	7	0
	Austria	8	8	8	8	8	7	7	-1
	Estonia	8	7	7	7	7	7	7	-1
	Germany	7	7	7	7	7	7	7	0
	Israel	6	6	6	6	6	7	7	+1
	Lithuania	7	7	7	7	7	7	7	0
	Luxembourg	8	8	8	8	8	7	7	-1
	South Korea	3	3	3	3	6	7	7	+4
	United Kingdom	5	6	7	7	7	7	7	+2
	— Average	6.2	6.2	6.2	6.2	6.2	6.1	6.1	
19	Belgium	7	7	6	6	6	6	6	-1
	Chile	7	7	7	7	7	7	6	-1
	Czechia	5	6	6	6	6	6	6	+1
	France	6	5	5	5	6	6	6	0
	Iceland	6	6	6	6	6	6	6	0
	Ireland	4	6	5	6	6	6	6	+2
	Japan	7	7	6	6	6	6	6	-1
	Malta	5	6	6	6	6	6	6	+1
	Mexico	5	5	4	4	4	5	6	+1
	Spain	5	5	5	5	5	6	6	+1
29	Bulgaria	5	5	5	5	5	5	5	0
	Cyprus	5	5	5	5	5	5	5	0
	Portugal	4	4	4	4	4	5	5	+1
	Slovakia	7	6	6	6	6	5	5	-2
	Slovenia	4	5	5	5	5	5	5	+1
	United States	8	8	8	8	5	5	5	-3
35	Croatia	4	4	4	4	4	4	4	0
	Italy	4	4	4	5	5	3	4	0
37	Greece	2	2	3	3	3	3	3	+1
	Poland	7	7	7	5	4	4	3	-4
	Romania	3	3	4	4	3	3	3	0
	Turkey	5	5	5	4	4	3	3	-2
41	Hungary	2	2	2	2	2	2	2	0



| BertelsmannStiftung

Besorgniserregend ist zudem, dass die Fähigkeit von Regierungen, ihre selbst gesteckten Ziele zu erreichen, seit 2012/2013 vielerorts abgenommen hat. Im Expert:innenurteil gab es in der Hälfte der Staaten eine Verschlechterung bei der Frage der Zielerreichung. In nicht weniger als 16 Staaten konnten die allermeisten von der Regierung ausgerufenen Ziele nicht erreicht werden, darunter die USA, die Slowakei, Rumänien, Mexiko, Zypern, Kroatien, UK, Spanien, Südkorea, Slowenien, Italien, Ungarn, Griechenland, Tschechien, Chile und Belgien.



Zur Spitzengruppe, bestehend aus der Schweiz, Schweden und Lettland, aufschließen konnte Deutschland (vgl. Grafik).

Government Effectiveness  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Germany	7	8	8	8	8	8	9	+2
	Latvia	9	9	9	9	9	9	9	0
	Sweden	8	9	9	9	9	9	9	+1
	Switzerland	9	9	9	9	9	9	9	0
5	Australia	7	6	6	6	6	6	8	+1
	Canada	8	8	8	8	8	8	8	0
	Denmark	8	8	8	8	8	8	8	0
	Estonia	9	8	7	7	8	8	8	-1
	New Zealand	8	9	9	9	9	9	8	0
	Norway	9	9	9	8	8	8	8	-1
	Portugal	6	7	6	7	7	7	8	+2
12	Austria	7	7	7	7	7	7	7	0
	Finland	9	9	9	9	8	8	7	-2
	France	5	3	3	3	6	6	7	+2
	Lithuania	7	7	7	7	7	7	7	0
	Luxembourg	7	7	7	7	7	7	7	0
	Poland	8	8	8	9	7	7	7	-1
— Average		6.7	6.6	6.6	6.5	6.4	6.3	6.2	
18	Bulgaria	6	5	6	6	6	6	6	0
	Iceland	6	6	6	6	6	6	6	0
	Ireland	7	8	8	7	6	6	6	-1
	Israel	7	7	6	6	6	6	6	-1
	Japan	7	7	7	6	6	6	6	-1
	Malta	6	6	6	6	6	6	6	0
	Netherlands	8	8	7	7	7	7	6	-2
	Turkey	8	7	7	6	6	6	6	-2
26	Belgium	7	7	7	6	6	5	5	-2
	Chile	6	6	6	6	6	6	5	-1
	Czechia	4	4	4	5	5	5	5	+1
	Greece	4	4	4	5	5	5	5	+1
	Hungary	5	5	5	5	5	5	5	0
	Italy	7	8	8	7	8	6	5	-2
	Slovenia	6	6	6	6	6	5	5	-1
	South Korea	6	5	5	4	5	5	5	-1
	Spain	6	6	7	7	6	6	5	-1
	United Kingdom	9	9	9	8	7	7	5	-4
36	Croatia	5	5	5	4	4	4	4	-1
	Cyprus	2	3	3	3	3	4	4	+2
	Mexico	4	4	3	3	3	3	4	0
	Romania	5	4	4	5	4	4	4	-1
	Slovakia	7	6	6	6	6	5	4	-3
	United States	5	5	5	5	4	4	4	-1

Bezieht man neben der Frage der selbst gesteckten Ziele auch die Qualität weiterer organisatorischer, prozeduraler und fiskalischer Faktoren zur Sicherstellung des Implementationsfortschritts mit ein, zeigt sich ein besorgniserregendes Bild. Nicht weniger als 27 Staaten haben in diesem Bereich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise im Urteil unserer Länderexpert:innen deutliche Verschlechterungen erlebt.

Insbesondere die Implementationskapazität von Zypern, Rumänien, Kroatien, der Slowakei, Bulgarien, Griechenland, Mexiko, Slowenien, Ungarn, Niederlande, der Türkei, Malta und Italien war vor der Corona-Krise nur schwach ausgeprägt.

Auch bei diesem Kriterium hat sich der Abstand zwischen den Vorreiter- und Nachzüglerstaaten deutlich vergrößert (vgl. Grafik).

Implementation  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators							
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014
1	Sweden	8.3	8.6	8.3	8.3	8.3	8.5	8.4	+0.1
2	Denmark	8.2	8.2	8.2	8.2	8.2	8.2	8.2	0.0
3	Canada	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4	8.1	8.1	-0.3
4	Finland	8.4	8.4	8.3	8.3	8.0	8.3	8.0	-0.4
	Germany	6.8	7.3	7.2	7.4	7.4	7.8	8.0	+1.2
6	Norway	8.2	8.2	8.2	7.9	7.9	7.9	7.9	-0.3
7	Switzerland	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4	7.8	7.8	-0.6
8	New Zealand	8.1	8.4	8.4	8.4	8.4	7.8	7.6	-0.5
9	France	6.7	5.8	6.0	6.1	7.2	7.2	7.4	+0.7
	Latvia	7.8	7.6	7.6	7.6	7.6	7.4	7.4	-0.4
11	Australia	7.4	7.0	7.0	7.1	7.1	6.8	7.3	-0.1
12	Estonia	6.9	6.6	6.2	6.1	6.7	7.2	7.2	+0.3
13	Iceland	7.3	7.3	7.3	7.3	7.3	7.0	7.0	-0.3
14	United Kingdom	8.0	7.9	8.0	7.8	7.3	7.5	6.9	-1.1
15	Austria	7.1	7.1	7.1	7.1	7.1	7.1	6.8	-0.3
	Ireland	6.4	6.9	7.0	6.7	6.3	6.8	6.8	+0.4
	Lithuania	6.7	6.7	6.7	6.7	6.7	6.8	6.8	+0.1
	Luxembourg	7.2	7.2	7.2	7.2	7.2	6.8	6.8	-0.4
19	Portugal	6.7	6.7	6.3	6.7	6.6	6.3	6.7	0.0
20	Belgium	6.9	6.9	6.8	6.4	6.3	6.5	6.5	-0.4
21	Spain	6.3	6.4	6.8	6.7	6.2	6.6	6.4	+0.1
22	Israel	6.7	6.7	6.3	6.2	6.3	6.3	6.3	-0.4
	Japan	6.3	6.3	6.4	6.2	6.2	6.2	6.3	0.0
— Average		6.6	6.6	6.5	6.5	6.4	6.3	6.3	
24	Chile	6.3	6.3	6.3	6.3	6.3	6.4	6.2	-0.1
	Poland	7.6	7.7	7.7	7.6	6.8	6.3	6.2	-1.4
26	South Korea	6.8	6.2	6.2	5.9	6.3	6.1	5.9	-0.9
27	United States	7.0	7.0	7.0	7.0	6.1	5.8	5.8	-1.2
28	Czechia	5.3	5.3	5.3	5.7	5.7	5.6	5.6	+0.3
29	Italy	6.3	6.8	6.8	6.7	6.9	5.6	5.3	-1.0
	Malta	5.0	5.2	5.3	5.3	5.3	5.3	5.3	+0.3
	Turkey	7.0	6.7	6.4	6.0	5.7	5.3	5.3	-1.7
32	Netherlands	6.1	6.0	5.6	5.6	5.7	5.8	5.2	-0.9
	Hungary	5.9	5.9	5.9	5.9	5.9	5.2	5.1	-0.8
34	Slovenia	5.0	5.0	5.0	4.9	4.9	4.9	4.9	-0.1
35	Mexico	6.0	5.9	5.3	4.9	4.8	4.4	4.8	-1.2
36	Greece	4.4	4.4	4.0	4.8	4.9	4.3	4.7	+0.3
37	Bulgaria	5.4	4.8	5.2	5.1	5.1	4.3	4.3	-1.1
38	Slovakia	5.9	5.7	5.7	5.4	5.4	4.5	4.1	-1.8
39	Croatia	4.2	4.2	4.2	3.9	3.9	3.9	4.0	-0.2
40	Romania	4.6	4.2	4.2	4.7	4.2	3.9	3.9	-0.7
41	Cyprus	2.6	3.1	3.1	3.3	3.3	3.5	3.5	+0.9

Blickt man zudem auf die strategische Fähigkeit von Regierungen, Lehren aus diesen Implementationsfehlschlägen zu ziehen, organisatorisch-prozedurale Defizite zu identifizieren und durch eine Änderung der institutionellen Arrangements des Regierens abzustellen, steht zu vermuten, dass der Abstand zwischen diesen Nachzüglerstaaten und den Vorreiterstaaten in der COVID-19-Krise eher weiter zu- als abnehmen wird (vgl. Grafik).

Organizational Reform  
Unit: Score

		Sustainable Governance Indicators								
Rank	Country	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	change to 2014	
1	Finland	8.5	8.5	8.5	8.5	8.5	8.5	9.0	+0.5	
	New Zealand	9.0	9.0	9.0	9.0	9.0	8.5	9.0	0.0	
	Sweden	9.0	9.0	9.0	9.0	9.0	9.0	9.0	0.0	
4	Lithuania	8.5	8.5	8.5	8.5	8.5	8.5	8.5	0.0	
5	Denmark	7.5	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0	+0.5	
	Latvia	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0	0.0	
	Norway	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0	8.0	0.0	
	United Kingdom	6.5	6.5	7.5	8.0	8.0	8.0	8.0	+1.5	
9	Canada	7.0	6.5	6.5	7.0	7.0	7.0	7.0	0.0	
	Ireland	6.5	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0	+0.5	
	Japan	6.0	6.5	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0	+1.0	
12	Germany	6.5	6.5	6.0	6.0	6.5	6.5	6.5	0.0	
	Greece	5.5	5.5	5.0	5.5	6.0	5.5	6.5	+1.0	
	Iceland	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	0.0	
	Israel	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0	6.5	6.5	-0.5	
	Malta	5.5	5.5	6.0	6.0	6.0	6.0	6.5	+1.0	
	Switzerland	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	0.0	
18	Australia	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	6.0	6.0	-0.5	
	Chile	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	0.0	
	France	5.5	5.5	5.5	5.5	6.0	6.0	6.0	+0.5	
	Luxembourg	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	0.0	
	South Korea	6.5	6.5	6.5	6.0	6.5	6.0	6.0	-0.5	
	Average	6.1	6.1	6.1	6.2	6.1	6.0	6.0	0.0	
23	Estonia	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5	0.0	
	Mexico	7.0	7.5	7.0	6.5	6.0	5.5	5.5	-1.5	
	Netherlands	5.5	5.5	5.0	5.0	5.5	5.5	5.5	0.0	
	Spain	6.0	6.5	5.5	6.0	6.0	5.5	5.5	-0.5	
27	Austria	4.5	4.5	4.5	5.0	5.0	5.0	5.0	+0.5	
	Czechia	4.5	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0	+0.5	
	Italy	5.0	5.5	6.5	7.0	6.5	5.0	5.0	0.0	
	Portugal	6.0	5.0	5.0	5.5	5.5	5.0	5.0	-1.0	
	Turkey	6.0	6.0	6.0	7.0	6.5	5.0	5.0	-1.0	
32	Bulgaria	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	0.0	
	Croatia	5.0	5.0	5.0	5.0	4.5	4.5	4.5	-0.5	
	Cyprus	3.0	4.0	4.0	4.5	4.5	4.5	4.5	+1.5	
	Hungary	6.0	6.0	5.5	5.5	5.5	5.0	4.5	-1.5	
	Slovenia	4.0	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	+0.5	
	United States	5.5	5.5	5.5	5.5	4.5	4.5	4.5	-1.0	
38	Poland	6.5	6.5	6.5	4.0	4.0	4.0	4.0	-2.5	
	Slovakia	4.5	4.5	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0	-0.5	
40	Romania	4.0	4.0	4.0	4.5	3.5	3.5	3.5	-0.5	
41	Belgium	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0	3.5	3.0	0.0	

SGI Sustainable Governance Indicators

| BertelsmannStiftung

**Fazit**

Die Covid-19-Krise wird zu dem zentralen Lackmestest für die Zukunftsfähigkeit der wohlhabenderen Demokratien nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009.

Wie gezeigt, trifft die durch COVID-19 ausgelöste Wirtschafts- und Gesundheitskrise viele Industriestaaten zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt auf ihrem Weg hin zu einer wirtschaftlich und politisch nachhaltigeren Zukunft. Denn gerade mit Blick auf die Fähigkeit, vorausschauende Politiklösungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln und effektiv umzusetzen, haben sich die EU- und OECD-Staaten zuletzt zunehmend auseinanderentwickelt und weiter voneinander entfernt.

Gleichzeitig blieben viele Hausaufgaben wie der Schuldenabbau, die nachhaltige Transformation der Wirtschaft oder der Aufbau effektiver sozialer Sicherungssysteme für die Flankierung der digitalen Transformation der Wirtschaft nach der Wirtschafts- und Finanzkrise größtenteils unerledigt. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2009 hat sich der Reformstau in vielen Politikfeldern weiter drastisch erhöht. Es ist somit zu erwarten, dass die COVID-19-Krise diese Unterschiede und Defizite weiter schonungslos offenlegt und vergrößert.

Wenig hoffnungsfroh stimmt in diesem Zusammenhang, dass sich vielerorts gleichermaßen auch die politischen Reformkapazitäten der Regierungen weiter verringert haben. So konnten lediglich drei Staaten (Schweden, Dänemark und Kanada) der unter den Top-10 platzierten Staaten ihre politisch-administrative Steuerungsfähigkeit seit der Wirtschafts- und Finanzkrise – wenngleich auch nur sehr geringfügig – ausbauen. In einer Mehrheit von insgesamt 26 Ländern kam es dagegen zu Stillstand oder weiteren Verschlechterungen in diesem für das nun anstehende Krisenmanagement essenziellen Bereich.

Besonders herausgefordert sind die OECD- und EU-Staaten indes bei der Frage, wie es dabei gelingen kann, die Funktionsfähigkeit der liberalen Demokratie und die effektive zivilgesellschaftliche Kontrolle der Regierung auch und gerade in der Krise zu sichern und weiterzuentwickeln. Auch hierzu wird es eines besonderen gesellschaftspolitischen Kraftakts bedürfen, damit die aus der COVID-19-Krise erwachsene Wirtschafts- und Gesundheitskrise sich nicht zu einer gesellschaftlichen und politischen Krise auswächst.

Entscheidend wird sein, dass alle politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die den Grundwerten der liberalen Demokratie verpflichtet sind, gemeinsam an tragfähigen Politiklösungen arbeiten, die die ökonomischen und sozio-kulturellen Spaltungslinien in der Gesellschaft überbrücken helfen. Auch braucht es ein gemeinsam geteiltes Verständnis und effektive Mechanismen, um anti-demokratischen

Tabubrúchen wirkungsvoller als in der jüngeren Vergangenheit Einhalt zu gebieten (Levitsky und Ziblatt 2018).

*Dr. Christof Schiller ist Projektleiter der Sustainable Governance Indicators der Bertelsmann Stiftung.*

*Dr. Thorsten Hellmann arbeitet als Project Manager im Sustainable Governance Indicators (SGI)- Projekt der Bertelsmann Stiftung.*

*Ein herzlicher Dank geht an Sabine Donner, Dr. Stefan Empter, Dr. Thieß Petersen und Dr. Daniel Schraad-Tischler (alle Bertelsmann Stiftung) für ihre Kommentare und Anregungen.*

## Literatur

Ágh, Attila, Jürgen Dieringer and Frank Bönker (2020). Hungary Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Armingeon, Klaus, Fritz Sager and Reimut Zohlnhöfer (2020). Switzerland Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Eurostat Online Database:

- Employment rates by sex, age and citizenship (%).  
[https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsa\\_ergan&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsa_ergan&lang=en)  
extracted May 19th, 2020
- Low-wage earners as a proportion of all employees (excluding apprentices) by sex.  
[https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn\\_ses\\_pub1s&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn_ses_pub1s&lang=en)  
extracted November 17, 2020
- At-risk-of-poverty rate by poverty threshold, age and sex - EU-SILC and ECHP surveys.  
[https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc\\_li02&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_li02&lang=en)  
extracted July 6th, 2020
- Population by educational attainment level, sex and age (%) - main indicators.  
[https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat\\_lfse\\_03&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat_lfse_03&lang=en)  
extracted May 19th, 2020

- Intramural R&D expenditure (GERD) by sectors of performance and source of funds  
[rd\_e\_gerdfund] URL:  
[https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=rd\\_e\\_gerdfund&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=rd_e_gerdfund&lang=en)  
extracted May 19th, 2020

Hartmann, Hauke (2020). High vulnerability to crisis. Governance in International Perspective. Policy Brief 2020/01. Bertelsmann Stiftung.

Hellmann, Oliver, Jennifer Curtin and Aurel Croissant (2020). New Zealand Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

IMF (2020a). World Economic Outlook. April 2020. Retrieved, 7 July 2020, from <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2020/01/weodata/index.aspx>

IMF (2020b). World Economic Outlook, October 2020: A Long and Difficult Ascent. October 2020. Retrieved, 9 November 2020, from <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/09/30/world-economic-outlook-october-2020#Full%20Report%20and%20Executive%20Summary>

Jalali, Carlos, Thomas C. Bruneau and César Colino (2020). Portugal Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Levi-Faur, David, Sabine Hoffmann and Roy Karadaq (2020). Israel Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Levitsky, Steven and Daniel Ziblatt (2018). How Democracies Die. Crown.

Matthes, Claudia-Yvette, Radoslaw Markowski and Frank Bönker (2020). Poland Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Mazzucato, Mariana (2020). Capitalism after the Pandemic. Getting the Recovery Right. Foreign Affairs. November/ December 2020.

OECD 2019. Employment Outlook 2019: The Future of Work, OECD Publishing, Paris. <https://doi.org/10.1787/9ee00155-en>

OECD 2020a. Combatting COVID-19's effect on children. [https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=132\\_132643-m91j2scsyh&title=Combatting-COVID-19-s-effect-on-children](https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=132_132643-m91j2scsyh&title=Combatting-COVID-19-s-effect-on-children)

OECD 2020b. Employment Outlook 2020: Worker Security and the COVID-19 Crisis, OECD Publishing, Paris. <https://doi.org/10.1787/1686c758-en>

OECD Online Database:

- Educational attainment and labour-force status. [https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=EAG\\_NEAC](https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=EAG_NEAC) extracted December 6th, 2019 (year 2018), October 25th, 2018 (2017), June 6th, 2018 (up to 2016)
- LFS by sex and age – indicators. [https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=LFS\\_SEXAGE\\_I\\_R](https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=LFS_SEXAGE_I_R) extracted June 18th, 2020
- Main Science and Technology Indicators URL: [https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=MSTI\\_PUB](https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=MSTI_PUB) extracted May 19th, 2020

OECD PISA 2018. PISA 2018 Results: What Students Know and Can Do, Volume I. <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/5f07c754-en.pdf?expires=1592137908&id=id&accname=guest&checksum=AF97BAABE09373CF698F802E47C6E2E5> <https://doi.org/10.1787/7/888934028140>

OECD PISA in Focus 2020. Were schools equipped to teach – and were students ready to learn – remotely? <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/4bcd7938-en.pdf?expires=1605793336&id=id&accname=guest&checksum=72F97EA64CDFC7E1B5B6C79621132BC6>

OESCE ODIHR and OSCE PA (2020). International Election Observation Mission. United States of America – General Elections, 3 November 2020. Statements of Preliminary Findings and Conclusions. Retrieved, 5 November 2020, from: <https://www.osce.org/files/f/documents/9/6/469437.pdf>

Pascha, Werner, Patrick Köllner and Aurel Croissant (2020). Japan Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Petersen, Thieß and Christian Bluth (2020). The coronavirus transformation. How the pandemic is slowing down globalization and accelerating digitalization. Megatrend Brief. September 2020. Bertelsmann Stiftung.

Pierre, Jon, Sven Jochem and Detlef Jahn (2020). Sweden Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Quirk, Paul J., Christian Lammert and Martin Thunert (2020). United States Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Rocco, Philip, Daniel Béland and Alex Waddan (2020). Stuck in neutral? Federalism, policy instruments, and counter-cyclical response to COVID-19 in the United States. Policy and Society **39**(3): 458-477.

Rüb, Friedbert, Friedrich Heinemann and Reimut Zohlnhöfer (2020). Germany Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Sachs, J., Schmidt-Traub, G., Kroll, C., Lafortune, G., Fuller, G., Woelm, F. 2020. The Sustainable Development Goals and COVID-19. Sustainable Development Report 2020. Cambridge: Cambridge University Press.

Sverdrup, Ulf, Stein Ringen and Detlef Jahn (2020). Norway Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Toots, Anu, Allan Sikk and Detlef Jahn (2020). Estonia Report. Sustainable Governance Indicators. Bertelsmann Stiftung.

Titelbild: © Markus Winkler / pexels – Pexels License, <https://www.pexels.com/photo-license/>

Grafiken: Datawrapper (1,8,9,11,12) & Dirk Waldik (2,3,4,5,6,7,10,13, 14, 15, 16, 17, 18,19,20)

#### Autoren | Kontakt

##### Dr. Christof Schiller

Programm Nachhaltig Wirtschaften  
Bertelsmann Stiftung  
[christof.schiller@bertelsmann-stiftung.de](mailto:christof.schiller@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon: +49 5241 81 81470

##### Dr. Thorsten Hellmann

Programm Nachhaltig Wirtschaften  
Bertelsmann Stiftung  
[thorsten.hellmann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:thorsten.hellmann@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon: +49 5241 81 81236

Der Policy Brief **Governance in international perspective** ist ein gemeinsames Produkt der Sustainable Governance Indicators SGI ([www.sgi-network.org](http://www.sgi-network.org)) und des Transformationsindex BTI ([www.bti-project.org](http://www.bti-project.org)) der Bertelsmann Stiftung.

Der Transformationsindex BTI bewertet alle zwei Jahre die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Governance in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern.

Die Sustainable Governance Indicators SGI bewerten jedes Jahr die Politikperformanz, Demokratiequalität und Governance-Kapazität aller 41 OECD- und EU-Staaten.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
D-33311 Gütersloh  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Dr. Stefan Empter  
Telefon: +49 5241 81-81137  
[stefan.empter@bertelsmann-stiftung.de](mailto:stefan.empter@bertelsmann-stiftung.de)

Dr. Daniel Schraad-Tischler  
Telefon: +49 5241 81-81240  
[daniel.schraad-tischler@bertelsmann-stiftung.de](mailto:daniel.schraad-tischler@bertelsmann-stiftung.de)